

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pr. Monat.
 Eingetragen in der Post-Belungs-
 Gesellschaft für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

erschienen täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärtsdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Verantwortlicher: Amt L. Nr. 1508.

Donnerstag den 24. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Verantwortlicher: Amt L. Nr. 5121.

Karl Bürkli.

Aus Zürich kommt die Trauerkunde von dem Tode des Veteranen der schweizerischen Socialdemokratie, Karl Bürkli. Am Sonntagabend schloß er die Augen im Hause seiner Adoptivtochter in Hohau bei Zürich. Mit Bürkli ist ein Stück lebendiger Geschichte der schweizerischen Socialdemokratie dahingegangen. Als Sohn einer alleingewesenen zürcherischen Familie am 30. Juli 1823 geboren, erlernte er nach Abschluß der Stadtschule das Gerberhandwerk. Als Gerbergehilfe hielt er sich lange im Auslande, unter anderem auch in Hamburg, hauptsächlich aber in Paris auf. Dort wurde er in den vierziger Jahren mit den Mitgliedern des Bundes der Gerechten bekannt, lernte die Schriften Fouriers kennen und schloß sich mit Feuereifer der jungen Bewegung an.

Von Paris in seine Vaterstadt Zürich zurückgekehrt, beteiligte er sich hier an der von Weisking, Treichler und andern geschaffenen kommunistischen Bewegung und vertrat offen, kühn und rückhaltlos und mit Begeisterung seine Ideale. Er war der erste Socialdemokrat im Züricher Kantonsrat, dem er mit einer kurzen Unterbrechung ungefähr ein halbes Jahrhundert angehörte.

Diese Unterbrechung ist charakteristisch für ihn. Es ist bereits gesagt, daß ihn die Schriften Fouriers mächtig erregten. Zudem war er mit Victor Considérant befreundet, der nach dem Plane Fouriers die Gründung einer socialistischen Kolonie plante. Considérant bereifte die Hochgebirge von Texas, um dort die Verhältnisse zu studieren, und schickte von dort Berichte in die Heimat, in denen er die Verhältnisse in Texas in glänzenden Farben als äußerst günstig für die Verwirklichung seiner Pläne schilderte.

Bürkli war einer der ersten, die sich zur Auswanderung bereit erklärten und halfen für die Kolonie Propaganda zu machen. Er gründete in Zürich eine „Schweizer-Phalanx“, mit deren Mitgliedern er im September 1854 die Reise nach der neuen Welt antrat. Das Unternehmen schlug jedoch fehl. Nach drei Jahren kehrte Bürkli aus Amerika zurück, wo er zuletzt sein Leben mit schwerer Arbeit in ungesunden Plantagen hätte fristen müssen.

Eine Reihe von Jahren war Bürkli auch Mitglied des Großen Stadtrats in Zürich. Als Redner war er immer sachlich und gründlich, seine Reden wirkten er mit humoristischen und satirischen Wendungen, die, im Züricher Dialekt gesprochen, ihre Wirkung nie verfehlten. Sehr fruchtbar war er als Schriftsteller. Etwa 20 Schriften veröffentlichte er im Laufe der Jahre, wovon mehrere heute noch großen Wert haben, so seine interessante Schrift „Der wahre Winkelried“, die eine Geschichte der Taktik der alten Urschweizer giebt; sodann seine Schrift über die Proportionalwahl, die in der Hauptsache seine ausführliche Rede enthält, die er über diesen Gegenstand im Züricher Kantonsrat gehalten. Mit unverwundlicher Satire gab er der Schrift in Anlehnung an das bekannte Bibelwort den Titel: „Meine Proporzperle vor dem Züricher Kantonsrat“. Er ist auch der Schöpfer der Worte „Proporz“ und „Majorz“. An unfern Arbeiterblättern war er ein fleißiger Mitarbeiter, auch für den „Vorwärts“ schrieb er in den neunziger Jahren wiederholt Artikel über die direkte Gesetzgebung durch das Volk und über das proportionale Wahlsystem.

Bürkli war auch als Teilnehmer an den internationalen Socialistenkongressen bekannt. Am Basler Kongress von 1869 trat er lebhaft für die direkte Gesetzgebung durch das Volk ein und den Teilnehmern des internationalen Socialistenkongresses von 1893 in Zürich wird der freundliche Greis mit dem silberweißen Haupt und Barthaar, der mit einer begeisterten Rede in der Tonhalle den Kongress eröffnete, noch in guter Erinnerung sein.

Ein an Kämpfen und guten Thaten reiches Leben ist mit Karl Bürkli's Tod abgeschlossen. Wir werden dem treuen und begeisterten, unerschütterlichen Vorkämpfer für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der Lohnnechtigkeit stets ein liebevolles und dankbares Andenken bewahren.

Socialreaktion in der Gewerbe-Aufsicht.

Bis zum Jahre 1898 legte das Reichsamt des Innern dem Reichstage und Bundesrat einen Auszug aus den Berichten der einzelstaatlichen Gewerbe-Aufsichtsbehörden vor. Infolge unserer Beschwerden über die unvollkommene Wiedergabe wichtiger Einzelheiten und die an Schönfärberei gemahnende „Redigierung“ dieses Auszuges konnten seit 1899 die den Einzelstaaten vorgelegten Berichte wörtlich zum Abdruck und das Reichsamt des Innern fügt ihnen nur ein Gesamtregister und eine Zusammenstellung der Tabellen bei. Im Vorjahre waren es 4 Bände Berichte von mehr als 8800 Seiten, diesmal sind es 3 Bände von etwa 2400 Seiten. Diese Verkleinerung um ein Drittel des Umfanges wurde ja teils durch praktische Kürzungen ermöglicht, die den Inhalt nicht schädigen, zum größeren Teil aber ist der Berichterstattung dadurch Zwang angethan worden, daß jede Kritik der obwaltenden Zustände wegblicke, das heißt wohl wegbleiben mußte. Eine ganz verkehrte Maßregel oder deutlich gesagt: Maßregelung ist ferner, daß über Zahl, Ursache und Umfang der wichtigeren Zustände nicht mehr berichtet werden darf. Wie aus einer lateinischen Meldung Wörishoffers, des Chefs der badischen Gewerbe-Aufsicht, hervorgeht, schweigt er nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Denn gerade Dr. Wörishoffer hat dieses wichtige sociale Gebiet bisher sehr eingehend behandelt, allerdings dabei aber auch Ansichten geäußert, die mit denen der berichtigten Begründung zur Justizhausvorlage in krassem Widerspruch standen. Diesen Gegensatz hat nun das Reichs-

amt des Innern auf die ihm eigentümliche geniale Weise beseitigt, die so ganz der Rückwärtserei des Grafen Posadowsky entspricht: die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben zu schweigen, künftig kann also der Centralverband der Industriellen durch sein 12000 Mark-Sprachrohr Schauer-geschichten über Streiks erzählen lassen, ohne eine Widerlegung seitens der Gewerbe-Aufsichtsberichte fürchten zu müssen.

Ist auf diese Weise der Inhalt der Berichte minderwertig gemacht worden, so sorgt Graf Posadowsky auch noch dafür, daß sie nur unter Aufwand von sehr viel Mühe und Zeit geprüft werden können. Das Register ist nämlich wie im Vorjahre durchaus mangelhaft, indem die völlig unzureichende Methode der Registrierung beibehalten wurde. Da jetzt nur die nach Ländern gruppierten Originalberichte vorliegen, nicht mehr wie früher eine das ganze Reich umfassende, nach Materien geordnete Zusammenstellung, so ist doch das Studium der umfangreichen Berichte noch zeitraubender als früher und daher müßte das Register eine noch eingehendere Indizierung enthalten, als sie bisher üblich war. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die früheren Sachregister enthielten, wie dies bei dem preussischen Sonderbericht noch heute geschieht, nicht nur das Stichwort und die Angabe der Seitenzahl, sondern auch eine kurze Inhaltsangabe, während diese jetzt wegfällt. Dadurch wird aber der Ueberblick über die Mitteilungen außerordentlich erschwert — und der eigentliche Zweck eines Registers soll wohl der sein, den Ueberblick zu erleichtern! Oder meint das Reichsamt des Innern, es sei seine Aufgabe, möglichst zu verhindern, daß der Inhalt der Berichte bekannt wird? Wenn es bei dem jetzigen System der Registrierung verharrt, wird es dieses Ziel sicher erreichen und sich dadurch wiederum als ein Ministerium gegen Socialreform bei dem Scharfmacherverbände in empfehlende Erinnerung bringen.

Die Tabellen weisen gegen früher einen Fortschritt auf; sie sind zahlreicher und eingehender. Vor allem ist endlich in genügender Weise unserer Forderung Rechnung getragen, daß nicht nur die Zahl der revidierten Anlagen, sondern auch die der revidierungs-pflichtigen und die Verhältniszahl der beiden zu einander übersichtlich mitgeteilt wird. Doch fehlt noch immer eine Uebersicht über Zahl und Art der im Reiche angestellten Aufsichtsbeamten.

Die Revisionstabellen zeigen nun ganz deutlich, in wie ungenügendem Maße die revidierungs-pflichtigen Anlagen revidiert wurden. Nur 90821, das sind 39,2 Prozent sämtlicher im Deutschen Reiche vorhandenen Anlagen, die der Gewerbe-Aufsicht unterstehen, wurden von einem Gewerbe-Aufsichtsbeamten besucht, also nur etwas mehr als ein Drittel! In diesem Drittel waren aber mehr als drei Viertel der überhaupt beschäftigten Arbeiter thätig, nämlich 4,9 Millionen, mithin bestehen die nicht revidierten Anlagen vorwiegend aus kleineren Betrieben mit geringer Arbeiterzahl — und doch haben nach wiederholten Erklärungen der Aufsichtsbeamten die Kleinbetriebe die Revision meist noch nötiger als die Großbetriebe!

Daß ein Drittel der Betriebe revidiert wurde, ist aber nur das Durchschnittsergebnis des ganzen Reichs. Einige Kleinstaaten besitzen ausreichend Personal, um sämtliche Betriebe jährlich wenigstens einmal besichtigen zu lassen, dafür sieht es aber in andern, besonders in allen Großstaaten, um so trauriger aus! Wie nachstehende Tabelle, die wir nach den Angaben des Reichsberichts zusammenstellten, zeigt, vernachlässigen die beiden Mecklenburg die Gewerbe-Aufsicht am unverantwortlichsten, und selbst Bayern, Württemberg, Baden und Braunschweig erreichen noch lange nicht den so kläglichen Durchschnitt, an den Preußen gerade heranreicht, während sogar Sachsen ihn noch überflügelt.

Im Jahre 1900 wurden von den vorhandenen revidierungs-pflichtigen Betrieben revidiert in:

Neuh. ältere Linie	100 %	Schaumburg-Lippe	40,0 %
Schwarzbg.-Rudolstadt	100	Preußen	39,0
Sachsen-Weimar	99,8	Sachsen-Meiningen	35,8
Schwarzbg.-Sonderbsh.	93,7	Braunschweig	32,0
Sachsen-Altenburg	78,2	Lippe	30,7
Hamburg	77,4	Baden	28,1
Königreich Sachsen	73,8	Rheinl.	27,0
Lübeck	68,4	Württemberg	27,0
Oldenburg	65,4	Elbh.-Lothringen	25,2
Neuh. jüngere Linie	61,3	Bayern	24,5
Hessen	58,4	Waldck.	17,1
Bremen	46,0	Mecklenburg-Strelitz	14,4
Sachsen-Noburg	44,4	Mecklenburg-Schwerin	13,1

Beachtenswert ist auch, wie unzulänglich die Zahl der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in den industriell so hoch entwickelten Reichsländern ist! Durchschnittlich wurden dort 25,2 Proz. der vorhandenen Betriebe revidiert, im Unter-Elsaß aber nur 19 Proz.! Diese ungenügende Beaufsichtigung wird freilich zur Verforgung der dortigen Unternehmer mit dem Reiche viel beitragen! — Doch nicht nur die Zahl der Beamten ist unzureichend, sondern auch der Umfang der Betriebsaufsicht und zwar scheint es, als ob derselbe noch ganz bedeutend verringert werden sollte!

Bisher fand sich bei den im Reichsamt des Innern zusammengestellten Tabellen der Vermerk, daß der Umfang der Revidierungs-pflicht in den einzelnen Bundesstaaten sehr verschieden begrenzt sei. So waren z. B. in Bayern 1899 fast alle handwerksmäßigen Betriebe der Revision

unterstellt, in Sachsen-Meiningen sogar die haus-industriellen, während im Königreich Sachsen die engste Begrenzung der Revidierungs-pflicht vorhanden war (Fabriken und dergleichen; andre Anlagen nur, wenn mindestens 10 Arbeiter beschäftigt werden).

Begen dieser ungleichen Ausdehnung der Revidierungs-pflicht unterließ das Reichsamt des Innern bisher einen Vergleich der Revidierungszahlen, die von den Einzelstaaten mitgeteilt wurden.

In dem Bericht für 1900 wird aber dieser Vergleich angestellt, mithin ist also die Einheitlichkeit des Revidierungs-umfanges erzielt worden. In welcher Weise aber? Legte man das sächsische Mindestmaß oder das bayerische Höchstmaß zu Grunde? Darüber giebt das Reichsamt des Innern mit seiner Selbsteufklärung, dagegen zeigen die von ihm mitgeteilten Tabellen ein außerordentlich verdächtiges Aussehen. In denselben wird nämlich mitgeteilt, daß im Jahre 1900 231 428 Betriebe der Gewerbe-Aufsicht unterstanden. Addiert man aber die Tabelle, die im Jahre 1899 mitgeteilt wurde, so ergibt sich, daß damals 286 788 Betriebe gezählt wurden. Mithin wären nicht weniger als 55 360 Betriebe, ein Fünftel der früher vorhandenen von den Revidierungslisten gestrichen!

Der Rückgang fällt hauptsächlich auf Bayern. Dort wurden im Jahre 1899 laut Beilage Ia des bayerischen Berichts 102 182 Anlagen als solche bezeichnet, „die zur Zeit der Aufsicht unterstellt sind.“ Im Bericht für 1900 aber finden sich zwei verschiedene Tabellen; die zweite zählt in derselben Weise wie die von 1899 und führt 101 195 Anlagen als der Aufsicht unterstehend an, die achte teilt mit, daß von diesen Anlagen 11 101 revidiert wurden, das sind also 11 Prozent! Dann aber ist auch eine neue Tabelle gegeben, die als erste angeführt wird; diese beziffert die Revisionen gewerblicher Anlagen mit nur 7223 und die zweite giebt die Zahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen“ mit 27 920 an, so daß also 30 Proz. revidiert wurden. Die vom Reichsamt des Innern zusammengestellte Tabelle Ia des Registerbandes jedoch führt als „Zahl der im Jahre 1900 der Gewerbe-Aufsicht unterstehenden gewerblichen Anlagen“ 28 451 auf, umfaßt also 73 744 Betriebe weniger, das sind 73 Prozent!

Was bedeutet diese doppelte Buchführung? Soll die Einheitlichkeit der Gewerbe-Aufsicht dadurch erzielt werden, daß die Zahl der revidierungs-pflichtigen Anlagen auf das sächsische Mindestmaß zugeschnitten wird? Auch in Preußen hat laut den Tabellen des Reichsamts des Innern eine Verringerung der revidierungs-pflichtigen Anlagen stattgefunden und zwar von 142 069 auf 134 621; da aber bisher die Zahl der Anlagen um jährlich etwa 5000 durch Ausdehnung der Industrie wuchs, so sind ungefähr 12 000 Anlagen weniger in Rechnung gestellt, also an 9 Proz. In Württemberg dagegen zeigen die vom Reichsamt des Innern für 1900 gegebenen Ziffern über die revidierungs-pflichtigen Anlagen gegenüber denen von 1899 eine Steigerung von 7845 auf 14 393, also um 85 Prozent, und in Baden von 6610 auf 9978, also um 50 Prozent.

Bayern und Preußen jedoch erfahren, und besonders das erstere, eine ganz ungeheuerliche Einschränkung der Gewerbe-Aufsicht, wenn die vom Reichsamt des Innern in Rechnung gestellte Ziffer maßgebend werden soll, und zwar sind es die Handwerksbetriebe, die in der Liste des Reichsamts verschwinden.

Da dieses zu seinen Tabellen kein Wort der Erläuterung giebt, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob nicht etwa Bayern von Berlin aus angewiesen werden soll, seine sich in erfreulicher Weise auch auf einen großen Teil der Handwerksbetriebe erstreckende Gewerbe-Aufsicht einzuschränken!

Bei den vielen Beweisen rückwärtlicher Bestrebungen, die der jetzige Leiter des Reichsamts des Innern gegeben hat, ist Vorzicht am Platze. Böse Beispiele verderben gute Sitten — und Preußen geht ja bezüglich der Gewerbe-Aufsicht den süddeutschen Staaten mit recht schlechtem Beispiel voran.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Meinliche Erinnerungen.

Es ist begreiflich, daß die den Ministerdienst versehenen Herren, die für die Zollblockade sich begeistern müssen, nicht an die Zeit erinnert werden wollen, da die Zukunft noch auf dem Wasser lag und die Minister auf ihren Kundreisen bei den Marinelleseeranten die Weisheit eingeblasen erhielten, daß eine Blockade die deutsche Arbeiterkraft dem Hunger überliefern würde. Was Herr v. Tschirch dem freisinnigen Abg. Müller-Sagan von dem Zusammenhang zwischen Freihandel und Flotte seiner Zeit erzählt hat, ist so wenig überraschend, daß es vielmehr selbstverständlich ist. Das war ja das Hauptargument der Flottenphantasten, mit dem man insbesondere die Arbeiterkraft zu ködern suchte. Für die ganze Marinevermehrung hätte ja überhaupt kein einigermaßen verständiger Grund geltend gemacht werden können, wenn man für sie nicht die Interessen der Handelsflotte, die das Gegenteil von Schutz-Handelspolitik ist, angeführt hätte. So tänte es aus allen Kundgebungen: Ohne Flotte kein Handel, ohne Export und Import keine Lebensmöglichkeit des Volkes!

Vornehmlich hat man auch das Wesen der Ausdehnung auf: „Wenn auch die Berechnungen verschieden sind, so steht doch fest, daß Deutschland auf eigenem Boden nicht genug Nahrungsmittel für seine Einwohner produziert; etwa ein Fünftel der Bevölkerung, das sind rund 11 Millionen, muß jetzt von der auswärtigen Zufuhr ernährt werden.“ — Das schrieb damals der flottenantliche „Nauticus“. Dieser eine Satz allein bildet eine tödliche Waffe gegen die Schutzpolitik. Wer darf es wagen, eine Flottenvorlage zu verlangen, um die Einfuhr der Lebensmittel zu sichern, und dann einen Zolltarif zu vertreten, der bezweckt, diese notwendige Einfuhr von Lebensmittel zu verhindern?

Nein, die Regierung konnte damals gar nicht anders als mit dem Freihandelsargument operieren. Freilich hat die Socialdemokratie niemals gewährt, daß unsere heutigen Minister sich an die Gesetze der Logik und Konsequenz gebunden fühlten. Sie verbauen auch das Unvereinbarste und sie begeistern sich heute für die Lebensmittel-Modade mit derselben Hingebung, wie sie vordem gegen sie austraten. Diener eines fremden Willens können sich eben den Luxus einer wenn auch nur zwei Jahre folgerichtig denkenden Vernunft gestatten.

Jedenfalls besteht nicht der mindeste Zweifel, daß Herr Tirpitz den freisinnigen Abgeordneten in der erwähnten Weise marxistisch-freihändlerisch amphilosophiert hat. Das wird auch dadurch bekräftigt, daß gerade die „Post“ — das Organ, das immer ausersuchen wird, wenn es gilt, die Wahrheit aus der Welt zu schwindeln — am Mittwoch „auf Grund genauer Informationen“ mittelt,

„daß der Staatssekretär v. Tirpitz, wie vorausgesehen war, die Keuherung über den Zusammenhang zwischen der Flottenvermehrung und dem Freihandel, die angeblich gegenüber dem Abg. Dr. Müller-Sagan gefallen sein soll, nicht gethan hat. Es handelt sich lediglich um eine tendenziöse Unterstellung zum Zwecke der Agitation gegen den Zolltarifentwurf.“

Herr v. Tirpitz hat sich wohlweislich gehütet, unter diese „Information“ seinen Namen zu setzen. Dagegen wartet Herr Müller-Sagan mit einer Feststellung auf, die an Genauigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Er erklärt hinsichtlich des „Dementis“ der „Post“ in der „Post“:

„Diese Behauptung kennzeichnet sich als eine halblöse Erfindung. Thatsächlich hat der Staatssekretär v. Tirpitz am 25. Okt. 1899 zwischen 10 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags wiederholt und nachdrücklich mir gegenüber betont, daß jeder neue Panzer und jeder neue Kreuzer ein neues Schwergewicht bedeute in der Waagschale zu Gunsten des Freihandels. Diese Darlegung war nicht etwa vertraulich für mich persönlich bestimmt, sondern geschah in der ausgesprochenen Absicht, daß ich sie zur Kenntnis meiner Freunde bringe. Berlin, am 23. Oktober 1901. Dr. Müller-Sagan.“

Herrn Tirpitz' Freihandelsliebe wurde genau vor zwei Jahren geübt. Niemand kann von einem Minister verlangen, daß er eine so lange Zeit hindurch die gleiche Meinung bewahren soll. Es giebt ein Naturgesetz des „Neuen Kurzes“, das lautet: „Die Fähigkeit, mit der die Minister an ihren Stellen stehen, wächst im umgekehrten Verhältnis zu der Fähigkeit, mit der sie an ihren Ueberzeugungen kleben.“

Es ist aber auch möglich, daß man schon 1899 in der Regierung zwei entgegengegesetzte Meinungen nebeneinander gehabt hat. Vielleicht wartet jetzt auch Herr Dr. Dertel mit einer Entfaltung auf und verrät, daß am selben 25. Oktober 1899 ein Minister zu ihm gekommen sei und ihm gesagt hat: „Gewiß, die Flotte legt der Landwirtschaft Opfer auf, aber ich kann Ihnen erklären, daß die Landwirtschaft durch Zollserhöhungen entschädigt werden soll.“

Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

Wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ berichtet, soll auf eine Anregung des Ministerpräsidenten Grafen von Bülow von preussischen Staatsministerien beschlossen worden sein, durch die Oberpräsidenten Erhebungen anzustellen „über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen bereits angenommen hat, über die schon hervorgetretenen oder noch zu gewärtigenden Mischstände und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber, insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.“

In Bayern sind die Fabrik- und Gewerbeinspektoren in ähnlicher Weise mit der Untersuchung der Arbeitslosigkeit betraut worden. Auch Baden hat, wie wir kürzlich mitteilten, eine Erhebung veranlaßt.

Dieses Vorgehen der Regierungen ist gänzlich unzulänglich.

Die angeordneten Erhebungen durch die Behörden können keine auch nur annähernd genauen Feststellungen des Umfangs der Arbeitslosigkeit ergeben. Es wäre eine sorgfältige Arbeitslosenstatistik aufzunehmen, deren Vorbereitung freilich längst hätte in die Wege geleitet sein müssen. Wir haben diese Forderung schon vor vielen Monaten, als die wirtschaftliche Krise zuerst um sich griff, erhoben, doch damals blieb die Regierung taub; jetzt ist es zu spät, gründliche Arbeit zu besorgen.

Ebenso ungenügend ist der Hinweis auf die Abhilfe durch die kommunalen Verbände. Wollen die Regierungen die Pflichten des Staates und des Reiches gänzlich auf die Kommunen abwälzen? Vor allem ist das Reich verpflichtet, endlich, in dieser Zeit wachsender Arbeitslosennot, die Forderungen des Reichs-Arbeitsnachweises und des eindrucklichen Arbeiterkongresses, insbesondere des achtstündigen Arbeitstages zu erfüllen!

Hat die Reichsregierung nur dann gesetzgeberischen Eifer, wenn es gilt, die Arbeitenden und die Arbeitslosen zu Gunsten der Kornwucherer zu belasten? Hat sie für die Notleidenden und Hungernden des Proletariats nur unzulängliche Erhebungen und aussichtslose Verträge?

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter verurteilt!

Der Ausschuß der Bergarbeiter in St. Etienne hat nach gründlichster Beratung die schwere Entscheidung über den Generalstreik im Sinne einer ruhigen, sachlichen Auffassung der Situation getroffen. Die Proklamierung des Streiks am 1. November, wie in Aussicht genommen war, ist abgelehnt und schließlich folgender Beschluß gefaßt worden:

Der Ausschuß erklärt, daß, nachdem das Referendum eine Mehrheit für den Gesamtzustand ergeben hat, der Zustand im Prinzip beschlossenen ist. Was den Tag betrifft, an dem der Gesamtzustand beginnen soll, so hat der Bundesausschuß freie Hand, ihn festzusetzen. Angesichts der Verweigerung des Antrages Wasly an die Kommission für Arbeiter-Angelegenheiten soll aber vor dem Beginn des Ausstandes das Ergebnis der Untersuchung dieser Kommission abgewartet werden.

Dieser Beschluß ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzig Nützliche, was die Bergarbeiter thun konnten. Warten sie die Entscheidung der Kommission der Abgeordnetenkammer ab, so geht ihnen nichts verloren, denn so günstig liegen die Verhältnisse nicht für

den Streik, daß er jetzt um jeden Preis losbrechen müßte; im Gegenteil sprechen eine Reihe sehr ungünstiger Momente gegen den Streik im gegenwärtigen Augenblick.

Nicht als ob wir das Vertrauen hätten, daß die gegenwärtige französische Regierung die Forderungen der Bergarbeiter, insbesondere die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages bald und ohne Abstriche erfüllen wird. Wohl aber scheint es möglich, daß die Regierung immerhin zu sozialpolitischen Zugeständnissen kommen wird ähnlich wie die österreichische Regierung durch den letzten Bergarbeiterstreik auf diesen Weg gedrängt wurde. Der Achtstundentag für den Bergbau wäre für die französischen Bergarbeiter ein bedeutender sozialpolitischer Fortschritt, dessen kein andres Land bisher sich rühmen durfte. Wenn aber weiter diese drohende Bewegung der Bergarbeiter auch der Anlaß sein sollte, daß der Alters- und Invaliden-Gesetzentwurf einer Reform im Sinne der Arbeiter unterworfen wird, so läge dies im Interesse der gesamten Arbeiterschaft und die jetzige Bewegung hätte ihren dauernden Nutzen. Bringt die Regierung aber für die Arbeiter eine neue Enttäuschung, dann bleibt ihnen noch immer die Entschleunigung frei und sie werden einen günstigeren Zeitpunkt finden können als den jetzigen. Denn gegenwärtig war die Angst und But der Bourgeoisie gegen den Streik größer als die Sympathie unter den Bergarbeitern für den Kampf. Schon allein die Thatsache, daß von 125 000 Bergarbeitern nur 68 858 an der entscheidenden Abstimmung über den Generalstreik teilnahmen, war sehr ermutigendes Zeichen.

Angeblieh soll der Delegierte von Montceau-les-Mines für diesen Bezirk democh den Streik in Aussicht gestellt haben. Bei der großen Erregung der dortigen Bergarbeiter infolge der Proklamation der Behörden und Unternehmer mag es gewiß schwer halten, Beruhigung und kühle Ueberlegung herbeizuführen.

Die Abstimmung in der Deputiertenkammer am Mittwoch war für die Regierung noch ungünstiger, als wir gestern mitteilen konnten. Die Dringlichkeit des Antrages Wasly wurde nicht mit 321 gegen 254 Stimmen abgelehnt, sondern nur mit 200 gegen 245. Wäre nicht ein Teil der Anhänger Melines zur Regierungsmehrheit gestiegen, das Ministerium wäre über diese Frage gesürzt. Die Minderheit bildeten die sämtlichen Socialisten, ein Teil der Radikalen und Nationalisten.

Deutsches Reich.

Die Kündigung der Handelsverträge. Die gestrige Note der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welche die Absichten der Reichsregierung hinsichtlich des Zeitpunktes der Kündigung der Handelsverträge anklären sollte, hat über die konservativen Blätter tiefes Dunkel verhängt. Die Organe des Zollwuchers wissen sich nicht Rat über die Bedeutung der Note und geben diametral entgegengesetzte Kommentare zu ihr.

In der „Kreuz-Zeitung“ und in der „Post“ nimmt man die Note als eine den Agrariern günstige Regierungsbestimmung in Anspruch. Man will darin die Anknüpfung der Regierung lesen, sie werde die Handelsverträge kündigen, sobald die Zollopposition Obstruktion betreiben sollte. Vor der Kündigung drohung, so meinen die genannten Blätter, werde jeder Obstruktionsversuch zurückweichen, da die Oppositionsparteien sich scheuen würden, den Generaltarif in Kraft treten zu lassen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ dagegen ist so empört über die Note, daß sie nicht glauben mag, sie sei durch den Reichszankler selbst zur Veröffentlichung bestimmt worden; es sei vielmehr anzunehmen, daß die Erklärung die minder geschickte Arbeit eines damit beauftragten Geheimrats sei. Denn die Note bedeute eine Wegünstigung der Obstruktion. Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt:

„Die obstruktionslustigen Wegner des Zolltarifs werden in ihren Absichten bestärkt werden, sie werden nach Möglichkeit das Zustandekommen des neuen Tarifs verhindern, weil die Regierung ja offen erklärt hat, sie werde die Frage der Kündigung davon abhängen lassen, ob ein neuer Tarif zu stande komme. Selbst wenn wir uns ganz auf den Standpunkt der Regierung stellen, müssen wir die Fassung der Erklärung als recht wenig geschickt bezeichnen.“

Freilich wird sich ein derartiger Fehlgriß schwer wieder gut machen lassen. Das Ausland wird noch wie vor sich der Annahme hingeben können, daß wir der Handelsverträge auf jeden Fall bedürfen und sie unter allen Umständen abschließen müssen; die Obstruktion wird neuen Mut gewinnen und das Zustandekommen des Zolltarifs und damit die Kündigung der Handelsverträge nach Möglichkeit vereiteln. Wenn sich der Herr Reichszankler die Frage nochmals recht eingehend überlegt, wird er zu der Anschauung kommen müssen, daß wir mit unserer Kritik der Erklärung recht haben.“

Die tödlich tömische Episode agrarischer Zerknirschtheit bietet immerhin eine angenehme Abwechslung im Zollkampf.

Erfreulich ist zu dem Gerede der „Post“ und der „Kreuz-Zeitung“ zu bemerken, daß derartige Drohungen der Regierung, wenn sie beachtet sind, jede Wirkung auf die Parteien verfehlen müßten, welche eine gründliche Erörterung des Zolltarifs-Entwurfs fordern. Nur eine um den letzten Verstandesrest betrogene Regierung könnte im Reichstag erklären: Weil die Oppositionsparteien ihre Pflicht erfüllen, darum wollen wir durch vorzeitige Kündigung der Verträge das gesamte deutsche Wirtschaftsleben dem Ruin überliefern! —

Für und wider den Wuchertarif.

Gleiche Brüder.

Bisher galt der „Bund der Industriellen“, der im Gegensatz zum „Centralverband deutscher Industrieller“, in welchem die Eisen- und Stahlindustriellen sowie die Baumwollspinn- und -webereien dominieren, in der Hauptsache die Interessen der mittleren Exportindustriellen vertritt, zwar ebenfalls als schutzpolitischer gesinnt, aber doch als eine Vereinigung, die allen extremen Forderungen und Zollkriegs-Proklamationen abgeneigt sei. Doch diese Meinung eine zu günstige ist, hat schon die Versammlung des Gesamtverbandes des Bundes am 16. September bewiesen, in der allerdings nach dem Vorgehen des Centralverbandes ebenfalls die Festlegung von Minimalzollätzen für Getreide verworfen, im übrigen aber der neue Zolltarif-Entwurf unter den postkerlichsten und devotesten Verneinungen vor der hohen Intelligenz der Regierung als das Ergebnis „dankenswerten, dreijährigen und eingehenden Zusammenarbeitens“ gefeiert wurde, das freieswegs die Möglichkeit eines Zustandekommens langfristiger Handelsverträge ausschließe. Einen weiteren Schritt vorwärts in dieser hochschützpolitischer Richtung hat die in Berlin abgehaltene Generalversammlung des Bundes sich geleistet. Der Generalsekretär Dr. Wendlandt blieb gleich nach Eröffnung der ersten Sitzung die Kriegslosaufgabe und rief zum schützpolitischeren Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika auf. Selbst wenn die Union zur Abschließung von Handelsverträgen geneigt sein sollte, meinte er, müsse das Deutsche Reich sich so lange ungelänglich verhalten, bis die Vereinigten Staaten sich entschließen, die Bestimmungen der Dingley-Bill sollen zu lassen und größere Zollreduktionen zu bewilligen als die darin vorgesehene Abnahme bis zu 20 Prozent. Nach einem Referat des „Berliner Tageblattes“ äußerte er:

„Abwehr ist dringend geboten. Die amerikanischen Ein- und Ausfuhrziffern in den Beziehungen zu uns zeigen, daß wir zu Amerika stehen wie 4:10. Diese Zahlen sprechen. Interessant sind auch die folgenden: 1890 empfingen wir Rohbaumwolle von Amerika für 140 Millionen Mark, 1900 für 258 Millionen, 1890 für 8 Millionen Mark Weizen, 1900 für

60 Millionen! Die Montanindustrie erlebte, daß 1890 an Kupfer für 0,4 Millionen Mark, 1900 aber für 101,4 Millionen Mark eingeführt wurde! Zurückgegangen ist dagegen die deutsche Ausfuhr nach Amerika in diesen zehn Jahren an Baumwollstoffen, Strümpfen von 35 Millionen auf 25, an Musikinstrumenten von 10 auf 2,5, an Kleidern z. von 5 auf 0,3, an seinen Lederwaren von 12 auf 3, an halbleidenden Zeugen von 63 auf 19, an wollenen Tüchern z. von 27 auf 7,3 Millionen Mark. Der Anteil der Industrie-Ausfuhr an der Gesamtexport ist ebenfalls außerordentlich gestiegen: sie betrug vor 40 Jahren 40 Millionen Dollar, vor dreißig Jahren 68, vor zwanzig Jahren 102, vor zehn Jahren 157 Millionen, vor fünf Jahren 188 Millionen. Jetzt schätzt man sie auf 432 Millionen! — Was thun gegen Amerika? Fast die einzige Waffe ist uns vor der Hand der Zolltarif, der in der rechten Weise ausgenutzt werden muß. Ferner läme in Betracht eine mitteleuropäische Zollunion oder, so lange dazu nicht zu kommen ist, ein Uebereinkommen der europäischen Staaten zur gegenseitigen Garantierung des handelspolitischen status quo und zur gemeinsamen Differenzierung Amerikas.“

Die nachfolgenden Redner, der Regierungsrat Dr. v. Studnig und der Generalsekretär Bilmer-Werlin, nahmen zwar teilweise gegen diese Keuherungen Stellung, und der letztere meinte sogar, ein Zollkrieg mit Amerika könne, da dieses die meisten ihm von Deutschland gelieferten Artikel auch anderweit beziehen könne, leicht verhängnisvoll für deutsches Wirtschaftsleben werden; doch zeigte sich trotz Wahrung in der Versammlung eine recht zollkriegslustige Stimmung.

Der Centralverband deutscher Industrieller ist denn auch mit dem Vorgehen seines Rivalen recht sehr einverstanden und läßt ihm durch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ eine gute Censurnote erteilen. Zwar, meint das Blatt, sei es nach Lage der Dinge utopisch, daß dem gegen die amerikanische Zollpolitik gerichteten Beschluß der „Bund“ nach einer europäischen Zollunion“ angehängt worden sei, solche Einfälligkeiten sollten praktische Geschäftsleute lieber lassen; sonst aber sei, wie konstatiert werden könne, die Stellungnahme des Centralverbandes und des Bundes der Industriellen zum Zolltarifgesetz die gleiche; man könne deshalb „wohl auch von einem erfreulichen einigen Zusammengehen der deutschen Industrie in der handelspolitischen Campagne sprechen.“

Bairischer Bauerntag.

Regensburg, den 22. Oktober.

Eine Demonstration für den Brotwucher veranstalteten heute hier die verschiedenen bairischen Bauernbünde samt dem centralistischen Bauernverein und der bairischen Filiale des Bundes der Landwirte. Es sprachen programmgemäß fünf Redner je zwanzig Minuten und zwar Abg. Steininger für den landwirtschaftlichen Verein, Abg. Pringer für den bairischen Bauernbund, Abg. Lutz für die mittelfränkischen Bauernvereine, Abg. Wedh für die bairische Organisation des Bundes der Landwirte, und Abg. Dr. Heim für die christlichen Bauernvereine. Eine der Versammlung unterbreitete Resolution enthielt die bekannten Forderungen der bairischen Bauernbündler: Mindestzoll von 8 M. für die Hauptgetreidearten, Minimalzoll für Vieh und alle anderen landwirtschaftlichen Produkte, Minimalzoll von 70 M. für Hopfen zc.

Abg. Wedh erklärte, der Bund der Landwirte stehe nach wie vor auf der Forderung des 7,50 Mark-Zolles, den seine Vertreter im Reichstage unter allen Umständen versuchen würden, durchzusetzen. Wenn er trotzdem die Resolution unterstütze, so geschehe es der Einigkeit zuliebe und in der bestimmten Voraussetzung, daß ein Minimaltarif festgelegt und die Zollhöhe auf alle übrigen landwirtschaftlichen Produkte erhöht werden. Geschehe das nicht, dann müßten die Handelsverträge zum Scheitern gebracht werden. Abg. Dr. Heim zog natürlich wieder über die „gewissen Professoren“ her, die „sich die Finger wund schreiben und das Maul fransig reden“. Er erinnerte die Regierung daran, wie das Haus Wittelsbach schon wiederholt durch die derben Häufte der bairischen Bauern geschädigt werden müßte und gab ziemlich unerbittlich zu verstehen, daß man auf diese „Schuh in Zukunft nicht mehr so unbedingt rechnen könne, wenn etwa das Wort vom „Dank vom Hause Wittelsbach“ sich wieder erfüllen sollte. Die von den Zollgegnern angeforderte Obstruktion scheine der Regierung gar nicht so unangenehm zu sein. Doch möge sich diese gesagt sein lassen, daß man diese Waffe auch in andern Fällen in unangenehmer Weise in Anwendung bringen könne.

Eine Diskussion fand nicht statt, die Resolution wurde einstimmig beschlossen.

Ein Bundesstaat gegen Kornzoll-Erhöhung.

Der gothaische Minister Hentig hat schon im Mai Erklärungen über die Stellung seiner Regierung zur Zollfrage abgegeben, die den Zollwuchern höchlichst mißfielen. Jetzt, da der Zolltarif vorliegt, hat er von neuem diese abweichende Anschauung bekundet. Vor einer Deputation von Gewerbetreibenden und Landtags-Abgeordneten des Herzogtums gab er jüngst folgende Erklärung ab:

„Die herzogliche Staatsregierung hat von hier aus nicht die besonderen Interessen zu vertreten, die in anderen Teilen des Reichs vorherrschend sein mögen. Wir können hier nur in dem gegebenen Rahmen festzustellen versuchen, was unserem Lande nach der eigenartigen Entwicklung seiner Erwerbstätigkeit überwiegend frommt und dann nach dem Ergebnis jener Feststellung mit Bewissenhaftigkeit und Pflichttreue seine Vertretung als vollberechtigtes Glied des Reiches führen. Daß unser Bestreben, unbedeutend, aber es von allen Seiten gewürdigt und anerkannt wird, nach wie vor darauf gerichtet sein soll, der Arbeit in dem ursprünglichsten und unentbehrlichsten Gewerbe, in der Landwirtschaft, und durch alle mit der öffentlichen Wohlfahrt verträglichen Mittel lohnenden Ertrag sichern zu helfen, dessen kann die ländliche Bevölkerung gewiß bleiben. Hierüber scheinen mir ernstliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien nicht mehr vorhanden, auch nicht innerhalb derjenigen, die im Kampfe gegen den Glauben an die unbedingte Notwendigkeit und die ausschließliche Wirksamkeit der verlangten Zollhöhe für eine Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen voranziehen.“

Jedenfalls ist die Staatsregierung verpflichtet, dem gemeinen Besten zu dienen; in Erfüllung dieser Pflicht wird sie eingedult sein müssen der Notwendigkeit, unter hochentwickelten Landesindustrie, die weit über die Reichsgrenzen hinaus vielfältige Beziehungen gesponnen hat, ihre Absatzgebiete zu wahren und ihre Abschließung von den Auslandsmärkten nach Kräften zu verhüten, in erster Linie aber die Erhaltung des Nahrungsstandes der Volksklassen mit dem niedrigsten und unsichersten Einkommen bei allen zollpolitischen Maßregeln im Auge zu behalten. Gerade die traurigen Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkt, die wir gegenwärtig beobachten, legen diesem Gesichtspunkt aus Gründen der Menschlichkeit wie der Politik besondere Bedeutung bei. Die Regierung glaubt, in Abwehr jeglicher Einseitigkeit zu einer klaren Erkenntnis dessen gekommen zu sein, was der Natur unserer Staatsgemeinschaft in der Frage der Handelspolitik entspricht. Auf der dadurch gebotenen Linie ihres Verhaltens wird sie mit Festigkeit beharren.“

Die Gründe der Menschlichkeit, von denen der gothaische Minister von Gotha spricht, existieren nicht für die Reichsregierung, die bereit ist, unter Aufopferung des Nahrungsstandes der Volksklassen mit dem niedrigsten und unsichersten Einkommen den Nahrungsstand der wohlhabendsten und unthätigsten Bevölkerungsklasse zu erhöhen.

Auf einen neuen Freikund-Notan

in Sachen der Berliner Bürgermeisterfrage bereitet eine Korrespondenz vor, die folgendes verbreitet:

Die Bürgermeisterfrage wird die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer morgigen Sitzung nochmals beschäftigen. Stadt. Dr. Preuß wird über die bereits mitgeteilten Beschlüsse des Ausschusses Bericht erstatten, in welchen der Verammlung empfohlen wird, eine Neuwahl bis zum Eintritte einer Entscheidung des Königs über die Bestätigung des zum zweitenmal gewählten Stadtrats Kauffmann abzulehnen und zugleich über den Entlass des Oberpräsidenten vom 6. d. M. beim Minister des Innern Bescheid zu führen. In den Kreisen der gemäßigteren Stadtverordneten erwartet man von der wiederholten Debatte kein anderes Resultat, als dasjenige war, das die Erörterung der Märchenbrunnen-Angelegenheit gezeitigt hat. Was die Rechtsfrage betrifft, so neigt man jetzt mehr und mehr derjenigen Ansicht zu, welche von Seiten der Regierung als die allein maßgebende anerkannt wird: die Wiederwahl des Nichtbestätigten steht der Verweigerung der Wahl gleich, nach welcher die Eintragung eines Regierungs-Kommissars zulässig ist, bis eine anderweitige Wahl erfolgt. In Sachen Kauffmann ist die Entscheidung des Königs gefallen und kein Protest, keine Beschwerde werden den Minister bewegen können, dieselbe Angelegenheit, in der sich nicht das mindeste geändert hat, dem Könige nochmals vorzutragen. Das Vorgehen des Oberpräsidenten, der die Weitergabe der Wahlalten ablehnt, erscheint danach völlig gerechtfertigt und gesetzmäßig.

In Regierungskreisen in Wien die Beschlüsse des Stadtverordneten-Ausschusses vom 19. d. M. großes Versehen hervorgerufen, und zwar nicht allein deshalb, weil sich die beiden Beschlüsse diametral gegenüberstehen: auf der einen Seite die oppositionelle Weigerung, auf der anderen das Verlangen nach geneigtem Gehör! Doch der Magistrat den Beschlüssen Nr. 2, falls dieser von den Stadtverordneten gutgeheißen werden sollte, zur Ausführung bringen, die Beschwerde an den Minister also weitergeben wird, ist nach den jüngsten Auslassungen des Oberbürgermeisters in der Märchenbrunnen-Angelegenheit völlig ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß eine solche Beschwerde an sich gegenstandslos sein würde. Aber auch der erste Beschluß, die ausgesprochene Verweigerung der Wahl auf unbestimmte Zeit, würde nur ein Schlag ins Wasser sein, da die Regierung das, wenn es sich um die Nichtbestätigung des Bürgermeisters handelt, eine andre Stellung einnehmen würde, als bei einer vorübergehenden Vakanz von kurzer Dauer: zweifellos würde dann ein Regierungs-Kommissar entsandt und damit der Konflikt nur noch verschärft werden.

Diesen Erwägungen wird, wie wir hören, morgen sowohl von den gemäßigteren Elementen der Gemeindevertretung, wie auch vom Magistratsrat, ein überzeugend Ausdruck gegeben werden. Hoffentlich werden sich die 67 Stadtverordneten, welche am 17. d. M. dem Antrag Kampf zustimmten, durch das „Wahlgepein“ nicht einschüchtern lassen!

So die Korrespondenz, deren Urheber zu viel Verständnis für die freisinnige Meinung zeigt, die geballte Faust unterirdisch zu machen.

Wenn die Stadtverordneten die Beschwerde an den Oberpräsidenten unterlassen würden, so wäre das nur gescheit. Sollten sie aber den ersten Beschluß, der die Rechtslage charakterisiert, aufheben, um dem Oberpräsidenten aus der fatalen Endgasse herauszuhelfen, so wäre damit allerdings der denkbar höchste Rekord einer Zoffeindschaft gegen Mut, Würde und Klugheit erreicht.

Das der Oberpräsident mit seiner Entscheidung die Städte-Ordnung verletzt hat, das haben wir unwiderleglich nachgewiesen. Selbst die „National-Zeitung“ wagt es nicht mehr, zu bestreiten, daß unsere Auffassung zutreffend ist. Wenn die Mehrheit der Stadtverordneten sich jetzt in der Rechtsauffassung Herrn Kommissar anschließen sollte, so wäre das nicht nur eine byzantinische Wendung sondern auch eine wider besseres Wissen.

Indessen: Wir sind die letzten, die das Interesse haben, daß der Freisinn sich nicht demütigt, sich nicht dämpfen läßt.

Typhus im Heere. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Zum zweitenmal innerhalb Jahresfrist wird die hiesige Garnison von einer Typhus-Epidemie heimgegriffen. Im ersten Falle war das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 15 der betroffene Truppenteil, diesmal sind es die Infanterie-Regimenter 105 (Sachsen) und 126 (Württemberg). Besonders bei dem letzteren soll die Seuche einen bedrohlichen Umfang angenommen und auch bereits einige Todesfälle im Gefolge gehabt haben. Die Militärverwaltung entschloß sich deshalb zur Verlegung der am meisten betroffenen Compagnien ins Barackenlager des Truppenübungsplatzes bei Gaggenau. Nach einer Meldung der hiesigen „Bürgerzeitung“ sind bereits drei der größten Kasernen der Garnison, Montevell, Margareten- und Regenerhor-Rajerne, als verunreinigt zu betrachten. Ueber die Ursachen der Epidemie ist zuverlässiges noch nicht bekannt geworden.

Ausland.

Das Wiederaufkommen des Philippinen-Aufstandes.

Nach den Nachrichten, die in den letzten Monaten aus Amerika über den Philippinenkrieg verbreitet wurden, war der Widerstand der Philippinos seit der Gefangennahme Aguinaldos mehr und mehr in sich zusammengebrochen. Amerika war in der Lage, seine Occupationarmee stark zu reduzieren und in Kürze war die vollständige Unterwerfung der Eingeborenen zu erwarten. Und jetzt laufen auf einmal alarmierende Nachrichten ein, daß nicht nur auf der Insel Samar der Aufstand wieder mit aller Heftigkeit ausgebrochen ist, sondern auch auf der Hauptinsel Luzon soll die Erhebung plötzlich wieder bedrohliche Dimensionen angenommen haben. Ueber die Lage liegen folgende Meldungen vor:

New York, 23. Oktober. Der Kreuzer „New York“ ist nach Kalabagos mit 300 Mann an Bord abgegangen, welche zur Unterstützung der Regierungstruppen in Vaseh-Valegia operieren sollen. Venauhe das ganze amerikanische Geschwader ist in Samar konzentriert. Die Nachrichten aus Zamboanga deuten darauf hin, daß man dort mit äußerster Strenge vorgehen muß. Im Kriegssamt will man zwar keine weiteren Nachrichten erhalten haben, dagegen wird anderweitig berichtet, daß sich die Lage verschlimmert.

London, 23. Oktober. Drahtungen aus Washington zufolge ist die Lage auf den Philippinen durchaus unbefriedigend. Der New-Yorker Korrespondent der „Times“ bezeichnet die Situation in militärischer wie administrativer Beziehung als ungünstig; es gehe das Gerücht, daß in dem neuen Feldzug auf Samar kein Vardon gegeben oder genommen werden solle. Die Beamten des Kriegs-Departements erklären indessen, von einem derartigen Befehl nichts zu wissen. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ und andre Berichterstatter in Washington stimmen darin überein, daß die Situation sehr ernst gehalten wird.

Manila, 23. Oktober. Allgemeine Unruhe herrscht im mittleren Luzon, wo mehrere Banden von Eingeborenen versuchen sich zu vereinigen. Die Zeitungen in Manila nähren die Furcht und verlangen eine stärkere Besatzung für Manila, die gegenwärtig aus nur 1200 Mann besteht mit Einschluß der hauptsächlichsten Polizei. Es giebt auch eingeborene Polizeibeamte, ihre Zuverlässigkeit wird aber bezweifelt.

Die amerikanischen Siegesnachrichten waren also verflücht. Der Krieg ist noch nicht beendet. Und da Amerika nur die Küstenstädte zu besetzen und gelegentliche Expeditionen ins Innere zu unternehmen vermag, wird der Krieg auch in absehbarer Zeit nicht zu

beendigen sein, falls die Bevölkerung den Widerstand fortzusetzen ernstlich entschlossen ist. Die Grausamkeit der amerikanischen Kriegsführung würde in diesem Falle die Situation nur verschlimmern.

Frankreich.

Die Religionsgesellschaften und der Unterricht. Das mit dem 1. Oktober in Kraft getretene Gesetz betreffend die Religionsgesellschaften hat bei allen Mängeln, die ihm anhaften mögen, das eine Gute gehabt, daß der Unterricht in den religiösen Niederlassungen wesentlich eingeschränkt worden ist. Nach einer Statistik, welche in dem Gebiete der Pariser Akademie vorgenommen wurde, ist seit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Schülerzahl der höheren staatlichen Schulen (Lyceen, Gymnasien etc.) um 700 gestiegen; in der Stadt Paris allein beträgt die Zunahme genau 400.

Das Recht des Kindes. Das Generalkomitee der ministeriellen Sozialisten hat seine Deputierten beauftragt, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach es bei strengen Strafen verboten sein soll, Kindern irgendwelchen Religionsunterricht zu erteilen, wenn nicht die Autorisation beider Eltern vorliegt.

Italien.

Die Agrarbewegung in Sicilien nimmt immer größere Dimensionen an. Das einzige Mittel der Behörden ist, wie gewöhnlich, Militär in die von der Agitation ergriffenen Bezirke zu schicken. So sind vor allem in der Provinz Trapani große Mengen Militär zusammengezogen worden. Die dortigen Bauern haben eine Kommission gewählt, die sich zum Präfelden begeben hat, damit dieser vermittele. — In Alcamo ist die Lage der kleinen Besitzer durch den Zusammenbruch der Banca Segreana eine äußerst traurige geworden. — In Castellamara del Golfo in der Provinz Trapani hat sich eine Liga der Bauern gebildet, der jetzt bereits 300 Bauern angehören. — In Marjala wird ebenfalls gestreift; hier ist es auch bedauerlicherweise zu Gewaltthatigkeiten seitens der Anständigen gekommen. — Zahlreiche Streiks werden ferner gemeldet aus den Provinzen Palermo, Gallinetta und Girgenti. Ueberall verlangen die Bauern und die Landarbeiter bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.

Kampf für kommunale Unabhängigkeit. In Parma hat in diesen Tagen ein Kongreß der Bürgermeister und Gemeinderäte stattgefunden; es waren gegen 800 Kommunen vertreten. An dem Kongreß nahmen auch die sozialistischen Gemeindevertreter teil; es waren allein 23 sozialistische Bürgermeister anwesend. Die sozialistischen Delegierten entfalteten eine solche Aktivität und zeigten sich bei allen Punkten der Tagesordnung so gut vorbereitet, daß ihr Einfluß auf dem Kongreß ein ganz erheblicher war. Der hauptsächlichste Zweck des Kongresses ist der, für die Kommunen eine größere Unabhängigkeit vom Staate zu erlangen. Die sozialistischen und demokratischen Elemente, die in den italienischen Kommunen vielfach die Vorherrschaft haben, würden vielleicht manche sozialen Reformen zur Durchführung bringen, sind aber daran durch das Einspruchsrecht der Aufsichtsbehörde und den Mangel an Mitteln gehindert. Die Kommunen verlangen daher ihr Budget ganz nach Gutdünken, ohne jede staatliche Kontrolle aufstellen zu dürfen. Der Antrag der Sozialdemokraten, eine Lega di resistenza (Widerstandsvereinigung) zu gründen, wurde nur mit geringer Majorität, 46 gegen 42 Stimmen verworfen, dagegen wurde die Gründung einer „Associazione der italienischen Kommunen“ beschlossen und das Statut sofort zur Annahme gebracht. Der § 2 desselben bezeichnet als Zweck der „permanenten Vereinigung“, die Interessen der Kommunen wahrzunehmen und umzusetzen auf die Erringung vollständiger kommunaler Autonomie hinzuwirken.

Amerika.

Der panamerikanische Kongreß

in Mexiko wurde am Dienstag eröffnet. Die Eröffnung wurde durch verschiedene Festlichkeiten und durch eine prächtige Beleuchtung der Stadt gefeiert.

Der Boeren-Krieg.

Rittscher verlangt abermals Verstärkungen,

und zwar die Kleinigkeit von 10 000 Rekruten. England vermag nur insgesamt noch 8000 Mann Kavallerie aufzubringen, dann ist es am Ende seiner Herrlichkeit. Die 3000 Mann werden gerade anzureichen, um den durchschnittlichen Monatsverlust von 3000 Mann zu ersetzen.

Vullers Sturz.

Vuller wird hartnäckig vom Pech verfolgt. Die Regierung war großmütig oder auch vorfristig genug gewesen, ihn nach seiner Rückkehr nach England seine Mitherrfolge in Südafrika nicht nur nicht entgelten zu lassen, sondern ihn sogar zum Kommandanten eines Armeekorps zu ernennen. Aber Vuller hatte persönliche Feinde, die nicht so nachsichtig waren, sondern den vielbesiegten General in der heftigsten Weise angriffen und ihn der schlimmsten militärischen Unfähigkeit zeihen. Die Angriffe veranlaßten Vuller dann, vor einigen Wochen eine Verteidigungsrede zu halten, in der er erklärte, daß sein Mißgeschick in Südafrika auf sein riesiges Pech zurückzuführen sei und daß er durch dieses Pech so deprimiert worden sei, daß er einmal sogar dem General White den Rat gegeben habe, Ladysmith an die Boeren zu übergeben. Dieses läppische Geständnis schlug dem Pech den Boden aus und spielte seinen Feinden die Trümpele in die Hand. Die Regierung, die Vuller nach Möglichkeit zu schonen gedachte, und die, wie es noch in den letzten Tagen hieß, sogar noch weitere Ehrungen, u. a. auch eine Dotation, für Vuller in Aussicht genommen hatte, sah sich gezwungen, den Pechvogel fallen zu lassen. Sie enthub Vuller seines Postens und stellte ihn zur Disposition.

Wenn nur wenige englische Blätter sich des armen Vuller annehmen, die meisten hingegen über die Mitherrregelung ihre Bemerkung bekunden, so ist das ein Akt ärgster Ungerechtigkeit. Vuller ist wahrscheinlich alles eher als ein strategisches Genie, aber die Verachtung, mit der ihn die Öffentlichkeit, die einen Roberts in den Himmel hob, behandelt, hat er doch nicht verdient. Wir haben bereits früher betont, daß Vuller die Lösung bestimmter Aufgaben, in erster Linie der Entzug von Ladysmith, aufgetragen war, und daß er bei der relativ geringen Stärke seiner Truppen gar nicht in der Lage war, gleich dem Lord Roberts Umgehungsmanöver vorzunehmen, sondern es wohl oder übel mit Frontangriffen versuchen mußte. Gewiß ist Vuller bei diesen Angriffen unvorsichtig vorgegangen, allein in dieser Beziehung hat er an den Methuen, Gatacre usw. zahlreiche Mitschuldige. Es ist also ungerecht, gerade Vuller zu mahregeln. Der Unwille der Öffentlichkeit, die der endlose Krieg erbittert, verlangt aber irgend ein Opfer.

Der Boykott gegen England.

Aus Brüssel wird gemeldet: Die Amsterdamer Vertreter der Dodarbeiter, Varen und Kladder, sind hier eingetroffen, um mit den belgischen Dodarbeitern bezüglich des Boykotts der englischen Frachtdampfer zu verhandeln. Sie wurden gestern im Volkshause empfangen und erhielten dort die schriftliche Zusage, daß heute noch eine Sympathie-Adresse in diesem Sinne von den Brüsseler Arbeitern angenommen werden würde. Die Delegierten reisten alsdann noch spät abends nach Gent, wo sie die gleiche Zusage erhielten. Andre Vertreter der Amsterdamer Dodarbeiter sind gestern nach Bremen, Hamburg, Marseille, Havre, Genua und New York abgereist, um auch dort die Zusagen bezüglich des Boykotts einzuholen. Sobald diese Zusagen im Prinzip erteilt sind, wird das Komitee der Amsterdamer Dodarbeiter der englischen Regierung hiervon Mitteilung machen, mit dem Bemerkten, daß der Boykott am 1. Januar 1902 in Kraft treten werde, falls bis dahin der südafrikanische Krieg nicht beendet sei.

Sicherlich handelt es sich bei dem internationalen Boykott gegen England um einen bewundernswürdigen und hochherzigen Plan. Das empfinden auch bürgerliche Kreise, brachte doch vor einigen Tagen „Der Bund“, das freisinnig-demokratische Organ in Bern, ein Gedicht, das die Idee der Amsterdamer Dodarbeiter verherrlicht. Das von Franz Lindherner verfaßte Gedicht lautet:

Die Arbeiter von Amsterdam.

Die Arbeiter im Doel zu Amsterdam
Erwogen manhaft ihres Herzens Gram,
Und sie, die Armen, Niedrigen im Volke,
Verbüchten ihren Jorn zur finstern Wolke
Und drohen dem gewaltigen England
Und seinem reichen, stolzen Krämerstand.

Sie weigern ihm zum Friedensdienst die Hände,
Wenn es den Krieg, den schändlichsten, nicht ende;
Und sollten sie sich gleich am letzten schaden,
Sie werden doch kein englisch Schiff mehr laden!
Der Furie gebieten sie: „Nicht weiter!“
Zu Amsterdam die tapfern Dodarbeiter.

Ihr Wort ist wahrlich eine Wamwesthat,
Kein Fürst hat es gewagt, kein Bürger-Staat;
Und was die Welt von oben hat erhofft,
Das lam von unten, wie schon gar so oft,
Damit des Menschen Geist es nicht vergift,
Daß unten oben wird, wenn nicht schon ist.

Allein so hochherzig und anerkanntswert auch die Idee un-zweifelhaft ist und so sehr sie der Sympathie des internationalen Proletariats sicher sein kann, so ist es doch eine Frage, ob sie sich mit Erfolg durchführen lassen wird. Und es ist nicht zu leugnen, daß die von uns kürzlich wiedergegebenen Bedenken des niederländischen Partei-Organs „Het Volk“ sehr gewichtiger Natur sind. Das Unternehmertum, so boerenfreundlich es sich gebenden mag, wird sich in seinen geschäftlichen Erwägungen schwerlich von dieser seiner platonischen Freundschaft leiten lassen. Es wird den gegen England gerichteten Boykott als einen gegen seine eigenen Interessen gerichteten Streit betrachten und diesen Streit mit allen Mitteln zu vereiteln suchen. Und dann bedente man, welche ungeheure Warenmengen von England nach den Niederlanden, nach Deutschland, Frankreich, Amerika usw. gehen. Im Jahre 1900 betrug der englische Export nach den Niederlanden 298 Mill. Mark, nach Deutschland 770 Millionen Mark, nach Frankreich 516 Millionen Mark, nach Amerika 787 Millionen Mark. Es erübrigt sich vorläufig, die Schwierigkeiten und Konsequenzen der Verhinderung eines derartig ungeheuren Warenimports der genannten Länder zu untersuchen, da der Boykott nur dann in Frage käme, wenn ihm von sämtlichen Nationen zugestimmt würde. Einweilen wird man die Organisation der Dodarbeiter selbst an die Prüfung der Möglichkeit der groß gedachten Idee herantreten lassen dürfen.

Aus Industrie und Handel.

Der Gründungsschwindel der Kasseler Trebergesellschaft erhält durch die Konkursverwaltung eine Beleuchtung, die uns über die Spekulation, den raffinierten Aufbau der betrügerischen Manipulation eine Darstellung giebt, die die kühnste Phantasie überbietet. Die Konkursverwaltung konstatiert, daß aus den verwickelten Verhältnissen eine sichere Aufstellung der Konkursbilanz unmöglich wird. Für die bevorrechtigten Forderungen von 728 000 M. dürfte Deckung vorhanden sein, dagegen fallen die 177 Millionen gewöhnliche Forderungen fast aus, höchstens erlangen sie 1 Proz. Ueber das Geschäftsgebahren wird folgendes berichtet:

Seit dem Jahre 1894 arbeitet das Unternehmen mit Verlusten. Trotzdem wurden im letzten Geschäftsjahr abermals 25 Proz. Dividende ausgeworfen. Die in den Betrieben der Tochter-Gesellschaften entstandenen Verluste wurden stets unter die Aktiven eingestellt. Von 1895 bis 1900 sind dergestalt etwa 50 150 000 M. Aktiva künstlich geschaffen, und auf diese hin dann 21 350 000 M. für Dividenden, Zantimehen etc. zur Ausschüttung gebracht worden. Die Tochtergesellschaften wurden zumeist durch Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats der Trebergesellschaft gegründet. Vielfach geschah die Gründung so, daß das nötige Kapital von der Leipziger Bank entliehen, für das neue Unternehmen eingezahlt und dann an die Bank wieder zurückgezahlt wurde. Für 1899/1900 wurden 25 Proz. Dividende verteilt; Schmidt beschaffte sich damals die nötigen Mittel bei der „Finanzabteilung“ der Berliner „Finanz- und Handels-Zeitung“ durch Verkauf von Tochterwerten und verpflichtete sich dabei, für die Gesellschaft diese Papiere erst später unter Bedingungen zurückzunehmen, die einem Verlust von 25 Proz. gleichkommen.

Zum Zwecke der Entfernung eines großen Teils der erwähnten zweifelhaften Forderungen aus den Büchern wurde ein Konfortialkonto Gebr. Sumpf u. Gen. geschaffen, worunter die Aufsichtsratsmitglieder verstanden waren. Die Gesamtsomme dieser Forderungen beträgt 22 400 000 M. Sumpf u. Gen. cedierten die Forderung dann weiter an die Leipziger Bank. So verschwand die Posten aus den Büchern, das Konfortialkonto wurde ausgelöscht und das Guthaben der Leipziger Bank an die Trebergesellschaft um den gleichen Betrag vermindert.

An die Leipziger Bank waren hiernach für 22 400 000 Mark Forderungen überwiesen worden, die thatsächlich wertlos waren.

Aus dem Bericht erklärt sich das rege Interesse der Berliner Finanz- und Handelszeitung an den Treberaktien, die mit lebhaftem Eifer seiner Zeit den Lesern aufgeschwatzt wurden. Die Korruption, die nach der letzten Gründerperiode einmal wieder an die Öffentlichkeit dringt, zeigt uns das kapitalistische Getriebe in seinem geheimsten Walten, es ist der Boden, auf dem der Betrug und Millionendiebstahl diese Blüten treiben kann.

Dem Spiritusdring droht der vollkommene Zusammenbruch. Wie berichtet wird, sollen die außerhalb des Ringes stehenden Spiritusfabrikanten einen großen Teil des Bedarfs decken, während der Ring trotz der Beschlüsse nicht den Abfall hat, um die neu andrängenden Bestände aufzunehmen. Die Folge Hoffnung, die Herr von Nordhoff noch am Schluß der letzten Reichstagsagung auf den Ring setzte, dürfte damit zu nichts werden. Umsonst werden die Agrarier jetzt wieder die Regierungshilfe für ihre Syndikatspläne fordern.

Kohlenstationen im Ausland. Als „Deutsches Kohlendepot, G. m. b. H.“ ist nach der veröffentlichten Eintragung ins Handelsregister mit 600 000 M. Stammkapital die bereits mehrfach besprochene Vereinigung ins Leben getreten, die zunächst in Port Said, später vielleicht auch anderswo, die Schiffe der deutschen Reedereien und der Marine mit Kohlen versorgen will.

Das Nordwest-Mitteldeutsche Gemeinshundikat hat nunmehr den Beschluß gefaßt, sich am 31. Dezember aufzulösen. Die Ueberproduktion hat die Interessenten auseinander getrieben.

Die Einnahmen der deutschen Staatsbahnen weisen auch im September einen Rückgang auf. Die preussischen Staatsbahnen haben gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 4 329 000 M., die sich in den ersten neun Monaten auf 14 933 000 M. erhöht. Bei den bayerischen Staatsbahnen beträgt die Mindereinnahme im September 1 358 028 M. In den ersten neun Monaten beziffert sich der Rückgang gegen das Vorjahr auf 3 887 416 M.

Das Falliment der Breslauer Firma J. Hellbronn. Dampf-mühle in Hartlieb, hat den Wittnhaber Robert Hellbronn zum Selbstmord getrieben. Die Passiven der Firma sollen über eine halbe Million betragen.

Lohnabzüge in der Breslauer Waggonfabrik von Hoffmann haben eine lebhafteste Protestbewegung seitens der Arbeiter hervorgerufen. Mit großer Entrüstung wurde in einer Versammlung darauf hingewiesen, daß das Unternehmen im letzten Jahre 18 Proz. und im Vorjahre 25 Proz. Dividende an die Aktionäre verteilt. Wenn jetzt eine etwas flane Geschäftszeit eintritt, dann sollte man nicht die Arbeiter bluten lassen, die mit ihrem geringen Verdienst seiner Zeit die hohen Profite herauswirtschafteten.

Geen den Papiertrust. Unter dem Titel „White Mountain Paper Co.“ ist in New York eine Handelsgesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Dollar in der Bildung begriffen. Ihr Hauptziel ist, mit dem Papiertrust zu konkurrieren.

Partei-Nachrichten.

Wie man socialdemokratische Stadtverordnete los wird. In Oßlig hatte der Genosse Linder, der Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums ist, gegen seine zu hohe Einschätzung zur Einkommensteuer reklamiert. Nach seiner Meinung hätte er nur 6 Mark Einkommensteuer zu bezahlen und sein Antrag lautete demgemäß. Darauf erhielt er in angemessener Zeit von der Steuerbehörde den Bescheid, daß man seinen Antrag nicht nur genehmigt, sondern zu seinen Gunsten bis an die äußerste Grenze gegangen und ihm die Steuern gänzlich erlassen habe.

Vom Bürgermeisteramt aber erhielt er gleichzeitig den Bescheid, daß auf Grund seiner Steuerbefreiung sein Stadtverordnetens-Mandat erloschen sei.

Das ist wirklich ein verblüffend einfaches Mittel, um unbequeme Leute aus dem Stadtverordneten-Kollegium zu entfernen — wenn sich diese gefallen lassen. Auch Socialdemokraten sind gewiß keine Fanatiker des Steuerzahlens; hier wird man aber den Fall erleben, daß ein solcher alle Rechtsmittel ergreift, um als ein Recht zu erkämpfen, was man gemeinhin als unbequeme Pflicht empfindet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Das bayrische Vereinsgesetz** hat jetzt durch die Strafammer des Landgerichts Nürnberg eine Auslegung erfahren, die die politischen Rechte der Frauen wieder wesentlich einzuschränken geeignet ist. Die Nürnberger Männerversammlung wurde von der Polizei seiner Zeit für politisch erklärt und deswegen die Genossin Rudolph wegen Teilnahme daran zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Genosse Wohl als Leiter der Versammlung sollte 10 M. bezahlen, weil er die Teilnahme einer Frau an der Versammlung geduldet hatte.

Das Schöffengericht hatte sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine gewerkschaftliche Versammlung gehandelt habe und hatte deshalb die Strafen aufgehoben.

Der Staatsanwalt rief die Strafammer an und diese sprach wiederum die Verurteilung der Angeklagten aus und verhängte Strafen in der Höhe des polizeilichen Strafmandats. Aus den in der Versammlung verhandelten Gegenständen zog sie den Schluß, daß die Versammlung eine politische gewesen sei, trotzdem sie vom Gewerkschaftscharakter veranlaßt wurde. Als Volksversammlung im Sinne des § 1 des Gesetzes sei die Versammlung deswegen nicht anzusehen, weil sie von einem Verein einberufen worden sei. Das Gewerkschaftscharakter sei durch Veranstaltung dieser politischen Versammlung zu einem politischen Verein geworden. An Versammlungen, die von politischen Vereinen veranstaltet werden, dürfen Frauen nicht teilnehmen.

Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

— **Die Schanksperr** im Ruhrrevier arbeitet ruhig weiter als trodene Guillotine gegen unsere Versammlungen. In Unna sollte eine Parteiverammlung stattfinden zur Verichterstattung über den Parteitag. Sofort wurde über das Lokal, in dem noch niemals Aufstellungen stattgefunden haben, die Schanksperr verhängt. Darauf zog natürlich der Wirt, der doch mit der Versammlung ein Geschäft machen will, sein Versprechen zurück; die Versammlung war verhindert. Der Wirt ließ dies der Polizei mitteilen und die Schanksperr wurde wieder aufgehoben!

— **Für die Laffallester in Schwelm** war die Zulassung von Frauen und damit die ganze Feier polizeilich untersagt worden. Auf die beim Regierungspräsidenten in Arnsberg erhobene Beschwerde ist jetzt folgender ablehnender Bescheid ergangen:

„Die angestellten Ermittlungen haben die Annahme der dortigen Polizeiverwaltung, wonach als der eigentliche Veranstalter des für den 1. September geplanten Festes im Gegenfag zu der nach Augen hin auftretenden sogenannten Laffallester-Kommission der dortige socialdemokratische Verein anzusehen ist, durchaus bestätigt. Die beabsichtigte Beteiligung von Frauen an der Festlichkeit konnte daher gemäß § 8 des Vereinsgesetzes nicht gestattet werden. Hierbei ist insbesondere unerheblich, daß das Fest auch für Nichtmitglieder zugänglich sein sollte, da auch solche Versammlungen, wenn sie von politischen Vereinen ausgehen, den Beschränkungen des § 8 a. a. O. unterworfen sind.“

Unter diesen Umständen erübrigt sich eine Erwägung darüber, ob das Fest, welches als eine öffentliche Lustbarkeit beabsichtigt war, nicht schon aus allgemein polizeilichen Gründen (vergl. Regierungs-Verordnung vom 24. Mai 1895, A. Bl. S. 183) dem polizeilichen Verbote unterlag.

So baut man Hwidanblen. Der Entschid nimmt als erwiesen an, daß es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelte, zu der jedermann zugelassen werden sollte. Daher der Hinweis darauf, daß sie eigentlich schon als öffentliche Lustbarkeit hätte verboten werden können. Er giebt auch zu, daß als erkennbarer Veranstalter eine Kommission vorhanden war; diese beiden Umstände geben der Veranstaltung den öffentlichen Charakter. Für diesen Fall bleibt immer die Möglichkeit des polizeilichen Verbots der öffentlichen Lustbarkeit. Das ist die andre Klappe, die für alle Fälle noch offen ist.

Vorläufig ist erst die eine gefallen, die auf der anderen Konstruktion ruht. Die öffentliche Kommission tritt bloß nach außen auf. In Wirklichkeit ist es ja gar keine öffentliche Veranstaltung, sondern hinter den Coulissen sieht als wirklicher Veranstalter der Verein, der auch Nichtmitglieder zulassen will.

Ob öffentlich, ob nicht öffentlich, Gründe für ein Verbot sind immer vorhanden; die Hauptsache ist, daß die Sache verboten ist!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Fensterfrage im Töpferberuf. Am 15. Oktober, als dem tariflich festgelegten Termin, von dem an Töpferarbeiten auf Bauten ohne verglaste Fenster nicht ausgeführt werden dürfen, wurden auf 59 Bauten 465 Kollegen zur Arbeitseinstellung gezwungen, welche Zahl sich bis Sonnabend, den 19. Oktober, nur unwesentlich veränderte. — Vom Montag, den 21. Oktober, ab machte sich eine wesentliche Abnahme der Auszubildenden bemerkbar, und sind zur Stunde nur noch 187 Kollegen in Rillschenschaft gezogen. Hierbei befinden sich eine Anzahl Kollegen, die kurz vor beziehungsweise die erste Woche nach dem 15. Oktober arbeitslos wurden. In den letzten beiden Tagen ist die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas gestiegen, da Bauten in Angriff genommen wurden, wo die tariflichen Bedingungen erfüllt, d. h. die Fenster verglast sind. — Betonen müssen wir, daß der Regelung der Angelegenheit wie früher, so auch in diesem Jahre Schwierigkeiten entgegenstehen. Einmal ist es das ausnahmsweise günstige Wetter, das herhalten muß, um uns als berechtigt längt anerkannter Forderung in den Augen der öffentlichen Meinung als frivol hinzustellen; des weiteren ist der Indifferentismus, den die große Mehrzahl unserer Bauberufsgenossen, wie Saccateure, Maler, Ruder usw., der auch für die wichtigen Sache gegenüber zur Schau trägt, geeignet, uns äußerst hemmend in den Weg zu treten. Wenn man in Rücksicht auf eine

schwache Organisation oder die Höhe der Ausgaben von einem direkten Zusammengehen mit uns Abstand nimmt, so ist dies begreiflich; unbegreiflich aber ist es, wenn man, wie es von Seiten sich gut organisiert nennender Bürger geschieht, sich höhnend auf unsre Kollegen einwirft und ihnen allerlei Hindernisse, namentlich beim Wohnungsbau, in den Weg legt. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Zeiten dazu beitragen mögen, die unserm Vorgehen fremd gegenüberstehenden Bauberufsgenossen an ihr Solidaritätsgefühl zu erinnern, so daß man uns bei der Erreichung unsres Zieles nicht nur nicht hindert in den Weg tritt, sondern moralische Unterstützung nach Möglichkeit gewährt. — An unsre Kollegen richten wir die Aufforderung, festzuhalten an dem einmal begonnenen Werk, wir verlangen nichts Unmögliches, es gilt unsrer heiligsten Gut, die Gesundheit zu schützen. — Alle noch in Willenshaft gezogenen Kollegen haben sich nach wie vor jeden Sonntag von 10—12 Uhr zu melden, sofern sie Anspruch auf Unterstützung erheben. Arbeitsuchen auf Bauten, die nicht verglast sind, ist streng zu unterlassen. Der Vorstand. H. A.: Alb. Reumann.

Zur Sperr der Barbiergehäfte. Herr Richard A. R. Witte, Friedrichsberg, Nummelsburgerstr. 68, schreibt uns: Die in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ von der Lohnkommission der Barbier bekannt gegebene Sperr der Wirtschafsgeschäfte müsse aus Irrtum verhängt sein, da er überhaupt keinen Gehilfen beschäftige.

Achtung, Vergolder! Wegen Differenzen bei der Firma Leo Berg u. Co. ist der Zugang bis auf weiteres fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung. J. A.: E. Oehlert.

Deutsches Reich.

Die rheinisch-westfälischen Buchdruckerprinzipale haben in einer in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung beschlossen, dem neuen Lohnntarif zuzustimmen. An Stelle des bisherigen rheinisch-westfälischen Sonderearbeits tritt nunmehr der allgemeine Tarif, der in allen wesentlichen Punkten den Anforderungen der rheinisch-westfälischen Prinzipale entspricht.

Textilarbeiter-Aussand. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wolkenweberei von Genzburger in Colmar (Elsas), ca. 200 Personen, sind wegen Lohnabzug von 30—40 Prozent in den Streik getreten. Von den Streikenden gehören der Organisation nur 8 Personen an.

Ausland.

Sattler und Tapezierer! In der Sattlerei der Waggonfabrik in Graz sind wegen Reducierung der Accordlöhne um 25—30 Proz. Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Streik der Walländer Bäckergehilfen, dessen Beendigung bereits telegraphisch gemeldet worden, hat mit einer Niederlage derselben geendet. Weder haben sie die Abschaffung der Nachtarbeit durchgesetzt, noch haben sie die Anerkennung der Arbeitsnachweise zwingen können.

Sociales.

Kleine Tarifreformen in Württemberg und in Sachsen. Auf den württembergischen Eisenbahnen besteht die Einrichtung, daß Arbeitnehmenden, die durch Vermittlung eines Arbeitsamtes Arbeit außerhalb ihres bisherigen Wohnortes annehmen, eine Fahrpreis-Ermäßigung gewährt wird. Nach einer jetzt ergangenen amtlichen Bekanntmachung ist diese Ermäßigung nunmehr auch auf den Verkehr mit Stationen der bayrischen und badischen Eisenbahn ausgedehnt worden.

In Sachsen ist dagegen die Gültigkeitsdauer der Arbeiter-Wochenkarten eingeschränkt worden. Diese Karten, zu zwölf Fahrten mit bestimmten Tagen nur an Wochentagen berechnend, galten bisher zehn Tage. Es konnten deshalb die Inhaber die Karte auch ausnutzen, wenn ein oder zwei Feiertage in die Woche fielen oder wenn einer mal den Arbeiterzug verkannte und nach Hause laufen mußte. Diese Möglichkeit fällt jetzt weg. Daher bedeutet die Maßregel für die Arbeiter in vielen Fällen eine Verteuerung der Fahrt; auch wenn sie in einer Woche nur 10 oder 8 Fahrten machen, müssen sie 12 Fahrten bezahlen. Diese geradezu kleinliche Knickerei der sächsischen Staatsbahn wirkt besonders erbitternd anlässlich der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Nachfahrkarten auf 45 Tage, wovon die Arbeiter den allergeringsten Vorteil haben.

Eine Eingabe von Interessenten an das Finanzministerium wegen dieser Maßregel wurde mit der Erwiderung abgefertigt, daß die Wochenkarten immer noch billig genug seien.

Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit forderte eine vom Metallarbeiterverband in Hamburg einberufene Versammlung. Sie beschloß, ihre Forderungen in einer Petition niederzulegen, die an Senat und Bürgererschaft gerichtet werden soll.

Die Arbeiterbefugnisse der pfälzischen Gewerbegerichte hielten am Sonntag in Speyer eine Konferenz ab, an der neben 41 Arbeitervertretern auch 11 Unternehmervertreter und fünf Vorsitzende sowie neun Vertreter von Gewerkschaftsartellen teilnahmen. Der Vorsitzende Dr. Siegel hielt einen Vortrag über den gewerblichen Arbeitsvertrag, der eine lebhafteste Aussprache zeitigte.

Dann beschäftigte man sich auch mit dem Verbandstage in Lübeck. Dazu wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die das Einverständnis mit der Stellungnahme der Arbeiterbefugnisse auf dem Verbandstage ausdrückt. Sie erkennt die Verbandstage erst dann als ersprießlich an, wenn auch die Arbeiterbefugnisse sinngemäß zugelassen werden. Außerdem wurde einstimmig der Wunsch ausgesprochen, daß die Städte Delegationen zu den Verbandstagen entsenden sollen.

Die pfälzischen Konferenzen sollen in Zukunft heißen „Konferenz der pfälzischen Gewerbegerichts-Befugnisse“. Das bedeutet, daß auch alle Unternehmer-Vertreter zur Teilnahme aufgefordert sind.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Metallschleifer-Versammlung tagte am Dienstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, um sich über die weiteren Maßnahmen bezüglich des Streiks bei der Firma Düst u. Co. schlüssig zu werden. Schon vor circa fünf Wochen wurden seitens der Firma kleine Lohnabzüge gemacht. Nunmehr aber trat die Firma mit Lohnreduktionen bis zu 20 Proz. an die Arbeiter heran. Ihr etwas eigenartliches Verhalten begründete die Firma damit, daß sie erklärte, in 25 Jahren habe sie 13 000 Mark zugezogen, daher müssen die Lohnreduktionen 20 Proz. betragen. Die Versammlung beschloß, daß der Streik weiter bestehen bleibt. Sollte die Firma versuchen, ihre Arbeiten außerhalb der Fabrik anfertigen zu lassen, dann haben die Schleifer der betreffenden Firmen die Arbeit zu verweigern und werden als Streikende betrachtet. Es stehen 16 Mann im Streik, davon sind 13 organisiert. In der Fabrik ist keiner stehen geblieben, während sich drei Arbeitswillige aus andern Branchen fanden, welche angeleitet werden sollen.

In dem Versammlungsbericht der Filiale des deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Rüdorf in Nr. 247 des „Vorwärts“ befindet sich eine Bemerkung, die geeignet erscheint, mich meinen Kollegen gegenüber zu kompromittieren. Es heißt im Bericht: „Es gelangte folgender Antrag mit großer Majorität zur Annahme: Die Versammlung wolle beschließen, beim Hauptvorstand zu beantragen, den Kollegen Aukowitsch auf Grund des § 21 Absatz b des Statuts aus dem Verbands auszuscheiden.“

Die Majorität für diesen Beschluß sah so aus, daß von circa 50 Anwesenden ein Drittel für den Antrag stimmte, die andern zwei Drittel zum Teil sich der Abstimmung enthielten, zum Teil dagegen stimmten. Auf diese Art ist die große Majorität entstanden.

Es wäre nun wohl richtiger gewesen, wenn der Schriftführer erst dann den Beschluß veröffentlicht hätte, wenn der Vorstand in der Sache das Urteil gefällt hat.

Den Anlaß zu obigem Beschluß bildet meine bisherige Tätigkeit als Tischler in der Holzindustrie Hermann Schütt, Aktien-Gesellschaft, welche Türen, Futter, Bekleidungen und Kleinteile zu verkaufen hat. Infolge der geringen Beschäftigung wurde ich von meinem Chef beauftragt, den Verkauf bei den Tischlermeistern zu ermitteln. Ich hatte Bekleidungen und Kleinteile zu offerieren, den Verkauf der Türen betrieb das Geschäft selbst. Da nun die Tischler mit den Bekleidungen in einem Katalog zusammen verzeichnet sind, so haben einige Kollegen gefunden, daß ich ihnen Konkurrenz mache und aus dem Verbands ausgeschlossen werden muß.

Durch die fortwährenden Vorgehen ist es nun so weit gekommen, daß die Sache zu Ohren meines Arbeitgebers gekommen ist und ich jetzt als Arbeitsloser das Straßenpflaster zu treten habe. Dieses zur Aufklärung für die geehrten Leser, damit sie wissen, was ich verborgen habe. Das Weitere wird der Hauptvorstand veranlassen. Franz Aukowitsch.

Die Wärfen- und Pinselmacher, welche im Holzarbeiter-Verband organisiert sind, beauftragten in der letzten Branchenversammlung ihre Kommission, sich mit folgender Angelegenheit zu befassen: Die Brauerei-Berufsgenossenschaft hat in der Köhlerstraße eine Werkstätte errichtet, in welcher sie ihre invalide gewordenen Arbeiter mit der Fertigung von Brauereiwärfen beschäftigt; gegenwärtig werden sechs Mann dort beschäftigt, später sollen für sämtliche Brauereien der Provinz Brandenburg die Wärfen dort angefertigt werden, was dann eine gänzliche Arbeitslosigkeit vieler Kollegen im Gefolge hat.

Ueber die bevorstehenden Schöneberger Stadtverordnetenwahlen sprach am Montagabend Genosse B. Manasse in einer Wählerversammlung in Obf's Lokal. Redner betraute u. a. die Bedeutung der Schule in kultureller Beziehung und führte aus, daß in Schöneberg in der Frage der Volksschule noch viel, sehr viel zu wünschen übrig sei, daß man wohl der Ausgestaltung des höheren Schulwesens große Aufmerksamkeit zuwenden, die Volksschule aber immer nur nebenbei behandle. Zwar wird bei vielen Gelegenheiten von gegnerlicher Seite stets behauptet, man will von der Kommune „nichts geschenkt haben“. Was ist es aber anders, wenn von den Steuerzahlern für den Schüler der höheren Schule ungefähr im Durchschnitt 180 Mark, für einen Gemeindeschüler dagegen nur 65 Mark aufgebracht werden müssen. Redner besprach die Forderung der Unentgeltlichkeit der Lernmittel und die regelmäßige ärztliche Untersuchung der Kinder durch von der Gemeinde anzustellende Ärzte, er forderte eine bessere Gestaltung des Krankendienstes und vor allem die Verpflichtung der Gemeinde zur Steuerung der Wohnungsnot. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß er mit dem Appell an die Anwesenden, bei dem am 11. November stattfindenden Wahlen ihre Stimme nur dem socialdemokratischen Kandidaten zu geben. In der kurzen Debatte wurden die gemachten Ausführungen noch durch treffende Beispiele ergänzt, unter andern besprach Stadtverordneter Genosse Obst die Unmöglichkeit, bei der jetzigen Vertretung und Gestaltung des Stadtparlaments irgend etwas in der vom Referenten erwähnten Hinsicht zu erreichen, denn durch das bestehende Wahlgesez sei doch die größte Mehrzahl der Bürger und Steuerzahler in der städtischen Körperschaft ohne Vertretung. Genosse Schubert verwies auf den Mißbrauch der bürgerlichen Kandidaten, welcher es uns zur doppelten Pflicht mache, gegenüber dem zwar noch vorläufigen Zusammengehen dieser verschiedenen Elemente uns fester aneinander zu schließen, damit unsre Kandidaten zum Siege gelangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Russischer Putsch in Amerika.

Petersburg, 23. Oktober. (W. Z. V.) Wie von informierter Seite verlautet, sollen die Mittel, welche die Regierung zur Fortsetzung öffentlicher Arbeiten und zu Kolonisationszwecken dringend benötigt, mittels einer in Amerika aufzunehmenden Anleihe beschafft werden.

Erfurt, 23. Oktober. (W. Z. V.) Heute mittag wurde die Familie eines Arbeiters in ihrer Wohnung erstickt aufgefunden. Die Frau, die Tochter und deren Kind waren bereits tot; bei dem Manne werden noch Wiederbelebungsversuche gemacht. Es scheint Gasvergiftung vorzuliegen.

Munich, 23. Oktober. (W. Z. V.) Wie die Oberbayerische Zeitung meldet, erfolgte heute nachmittag in der Universität eine Gaskaplosion, durch welche zwei Personen verletzt wurden. Sämtliche Fenster Scheiben des Senatssaales wurden zertrümmert; auch die Decke wurde stark beschädigt.

München, 23. Oktober. (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten erklärte der Kriegsminister General v. A. sich bei der Beratung des Heeresetats die Blättermeldung, daß in Bayern die grauen Offiziersmantele abgeschafft werden sollten, für falsch. Der Minister rechtfertigte ferner gegenüber verschiedenen Angriffen das Vorgehen der bayrischen Militärverwaltung bei den freiwilligen Meldungen bayrischer Soldaten zur China-Expedition als vollkommen unangefochten.

Wien, 23. Oktober. (W. Z. V.) Abgeordnetenhans. Abg. Strandsky tritt für die Dringlichkeit seines Antrages, betreffend die Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen in Litta ein, indem er, unter heftigen Protesten der Tschechen, die dortigen Vorfälle als einen von langer Hand vorbereiteten Gewaltakt darstellt. Ministerpräsident v. Koerber weist demgegenüber auf Grund amtlicher Ermittlungen nach, daß die Littaer Vorfälle ganz unbedeutender Art waren; er bebaure dieselben und erwarte, daß die strafgerichtliche Untersuchung die Schuldigen ermitteln werde. Abgeordneter Baron D'Elvert betont, wiederholt von Zwischenrufen der Tschechen unterbrochen, die Darstellung des Ministerpräsidenten habe auf das deutlichste die tendenziöse Uebertreibung der Vorfälle seitens des Abg. Strandsky bewiesen. Die Deutschen müßten den Eroberungszielen der Tschechen, welche in Wäher eine deutsche Stadt nach der andern zu gewinnen suchten, anhersten Widerstand entgegensetzen. (Lebhafte Beifall laut, Lärm bei den Tschechen.) Während der Rede D'Elverts kommt es zu einem erregten Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Franko Stein und Alosac, der in Thätlichkeiten auszuarten droht. Nachdem noch zwei Redner gesprochen, wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Wien, 23. Oktober. (W. Z. V.) Wie die „Deutschnationale Korrespondenz“ meldet, sei heute im Abgeordnetenhause von Seiten der Deutschen Volkspartei ein Antrag eingebracht worden, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich anher auf Erreichung einer möglichststen Herabsetzung der Zölle für die österreichische Viehausfuhr nach dem Deutschen Reich auch auf Erreichung der jetzt bestehenden Viehschnecken-Konvention durch ein die Leichtigkeit des Handelsverkehrs mit Vieh sicherstellendes Uebereinkommen oder durch spezielle Vertragsbestimmungen zu bestehen.

Leunberg, 23. Oktober. (W. Z. V.) Die Stadt Jarowow steht in Flammen. Ueber 40 Wohnhäuser sind bereits niedergebrannt.

Petersburg, 23. Oktober. (W. Z. V.) Die „Salafistof Obozrenie“ berichtet aus Astrabad von heute: Der Kriegsminister General Kurpatkin besuchte während seines Aufenthalts in Persien ein Gefängnis, in welchem sechs Afghansen sich befanden, die als Spione verhaftet waren. Da keine Beweise für ihre Schuld vorlagen, gab ihnen der Kriegsminister die Freiheit und sagte ihnen: Afghansien wurde von England betrogen, es darf kein Emir Abdurrahman, und den Thron bestieg Habib Allah, einer seiner Söhne. Wir Russen betrachteten uns stets, auch früher, als Freunde Afghansians und solche wollen wir auch weiter bleiben bei dem gegenwärtigen Regierungswechsel. Zudem ich Euch daher die Freiheit gebe, befehle ich Euch, bei Euren nächsten Chef Euch zu melden und diesem die von mir gesprochenen Worte zu wiederholen.

Die Arbeitszeit der englischen Handelsangestellten.

Der Bericht der Specialkommission der Lords über den Gesetzentwurf betreffend frühzeitigen Schluß der Geschäfte (Report from the Select Committee of the House of Lords on Early Closing of Shops) ist kürzlich erschienen. Er enthält auf den 288 Quartseiten ein wichtiges socialpolitisches Material, dem vor allem die Thatsache zu entnehmen ist, daß die seit dem Jahre 1842 gemachten Anstrengungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit der Handelsangestellten auf Grund freiwilliger Vereinbarungen herbeizuführen, erfolglos geblieben sind. Der Auf noch gesetzlichem Eingreifen ist beinahe allgemein.

Die Kommission bestand aus neun Mitgliedern: Lord Salisbury, Herzog von Marlborough, den Grafen v. Stamford, v. Romney, v. Hardwicke, v. Verulam, Lord Brassey, Lord Avebury und Lord-Bischof von Winchester. Das sind also neun Männer, denen man irgendwelche agitatorische Begeisterung für Socialreform gewiß nicht nachsagen kann. Eine Ausnahme bildet vielleicht Lord Avebury, der dem opponierenden Mitgliedhändler Sir Wilmshurst Naple hart zusetzte. Im ganzen dürften demnach die Schlüsse, zu denen die neun Lords gelangten, auch für den heftigsten Gegner der Arbeiterschutz-Gesetzgebung maßgebend sein. Sie berichten:

1. Die Kommission hat 12 Sitzungen abgehalten und 86 Zeugen vernommen; 62 derselben vertraten bedeutende Vereinigungen von Geschäftsleuten in allen Teilen des Landes.

2. Die Vernehmungen haben bewiesen, daß der Gegenstand von dringender Wichtigkeit ist und daß die vorhandenen Uebelstände kein allgemeines oder kein genügendes Zeichen einer Besserung aufweisen. In vielen Fällen sind die Geschäfte von 80 bis 90 Stunden die Woche offen, außer der Zeit, die das Verpacken, das Zusammenlegen der Waren und das Verpacken der gekauften Artikel in Anspruch nimmt.

3. 84 Stunden die Woche von 6 Arbeitstagen ergeben 14 Stunden täglicher Arbeitszeit. Es ist selbstverständlich, daß eine so lange Arbeitszeit, besonders in überfüllten, mit Gas beleuchteten und schlecht gelüfteten Räumen der Gesundheit schädlich ist.

4., 5., 6. und 7. enthalten Gutachten der bedeutendsten englischen Ärzte über die zerstörenden Wirkungen langer Geschäftsfunden auf die Gesundheit der Angestellten.

8. Solche ernste Warnungen der ersten medizinischen Autoritäten dürfen unseres Erachtens nicht ignoriert werden. Wir haben und jedoch bemerkt, ob und welche Einwürfe gegen gesetzliche Maßnahmen über diesen Gegenstand gemacht werden.

9. In erster Reihe waren wir bestrebt, die Ansichten der Geschäftsleute kennen zu lernen. Durch mündliches Zeugnis sowie durch Petitionen und Versammlungsbeschlüsse, einer großen Anzahl von Vertretern verschiedener Handelsvereine haben wir diese Ansichten erfahren. Davon waren 200 zu Gunsten gesetzlicher Maßnahmen; Einsprüche dagegen wurden nur von Getränkehändlern und Pfandleihern erhoben.

10. Die Zeugen waren der allgemeinen Ansicht: obwohl die Zustände ohne die freiwilligen Anstrengungen noch schlechter wären, sei aber von denselben nur wenig zu erwarten sei und ein gesetzliches Eingreifen nicht länger verschoben werden dürfe.

In 11., 12., 13. und 14. erklären die Lords, die Vernehmungen haben ihnen die Überzeugung beigebracht, daß der frühzeitige Geschäftsschluß sowohl für die Geschäftsleute wie für die Käufer und Angestellten von großem Nutzen sein werde, besonders für die weiblichen Angestellten. Sie empfehlen deshalb dem Hause der Lords die Annahme des folgenden Gesetzentwurfs:

„Die Stadträte sind ermächtigt, je nach den Bedürfnissen der unter ihrer Jurisdiction stehenden Gebiete provisorische Regulierungen betreffend frühzeitigen Geschäftsschluß zu erlassen; ehe sie Gesetzkraft erlangen, müssen sie jedoch in üblicher Weise dem Parlamente vorgelegt werden.“

Die Formulierung dieses Antrages stammt von Lord Salisbury. Die Handelsangestellten sind mit diesem Antrage begreiflicherweise unzufrieden. Sie sind der Ansicht, daß die Stadträte — meistens kleine Geschäftsleute — nicht die geeigneten Organe seien, ein Arbeiterschutzgesetz vorzuschlagen. Die Angelegenheit sei von nationaler Bedeutung und müsse von vornherein in die Hände des Parlaments gelegt werden.

Unter den 86 vernommenen Zeugen befand sich auch ein Deutscher, Namens Paul Vogel, der als Socialdemokrat und Sekretär der Rednergewerkschaft den Einfluß der Kellner, Wirtinnen und Hotelbediener in den Gesetzentwurf betreffend frühzeitigen Geschäftsschluß verlangte. Gen. Vogel hat volle zehn Jahre an der Organisation der Londoner Kellner gearbeitet. Er erklärte, daß in Londoner Hotels und Restaurants von 16 bis 18 Stunden täglich geschuft wird. Die Gesundheitsverhältnisse in diesem Berufe sind so schlecht, daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften höhere Prämien für Kellner verlangen.

Auch über die Entlohnung der Handelsangestellten liegen beachtliche Thatsachen vor. Das Gehalt variiert zwischen 20 und 35 M. die Woche.

Im ganzen macht der sorgfältig abgefaßte Bericht den Eindruck einer bitteren Anklageschrift gegen die entwürdigenden Zustände, die in den Handelshäusern der englischen Großstädte herrschen. Man verheißt die Uebelstände gar nicht; man gesteht sie offen; aber was machen? Die Konkurrenz ist scharf und läßt ein menschenwürdiges Dasein nicht zu. Die Klage über die Verkümmern der Rasse ist fast eine allgemeine. Gesunde, Hoffnungsvolle und mit einer gewissen Bildung ausgerüstete junge Männer und Frauen strömen jahraus jahrein aus der Provinz in die Großstädte, um nach einer Anzahl von Jahren körperlich erschöpft und geistig abgestumpft in die Provinz zurückzukehren, oder als Portiers, Diener, Omnibusfonducteure etc. in den Großstädten zu bleiben. Nur wenig gelingt es, selbständig zu werden und ein kleines Cigarren-, Zuderei-, Materialwaren- oder Kleidergeschäft zu eröffnen.

Verfassungen.

Die Bankbeamten und die Krise.

Ueber dieses Thema referierte am Dienstag Schriftsteller Georg Bernhard in einer vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Schülern einberufenen Versammlung in den Arminshallen. Die Versammlung war fast ausschließlich von Bankbeamten und so zahlreich besucht, daß auch die Nebenräume bereits vor Beginn der Verhandlung bis auf den letzten Platz besetzt waren. Herr Bernhard schilderte die wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen Krise und deren Folgen, die Entwidlung des Bankgeschäfts überhaupt und die daraus resultierende, völlig veränderte Stellung der Bankbeamten. Noch niemals habe eine Krise derart starke Rückschläge auf das Bankfach bewirkt wie die gegenwärtige, noch nie seien Beamtenentlassungen in so großem Maßstabe vorgenommen worden und auch zum erstenmal seien Bankkrachen in diesem bedeutenden Umfange zu verzeichnen. Infolge der großkapitalistischen Entwicklung des Bankgeschäfts, die wesentlich durch das Vorkesseln begünstigt wurde, habe sich das Verhältnis der Angestellten und auch das der Bankleiter ganz anders als früher gestaltet. Mit der Entwicklung zum Großbetrieb ist eine vollständige Arbeitsteilung eingeführt, der Beamte wird dauernd mit ein und derselben Specialarbeit beschäftigt und benötigt demzufolge nicht diejenige Qualifikation, wie sie früher unbedingt vorhanden sein mußte. Dadurch ist aber nicht nur das Gehalt für die gewöhnlichen Beamten erheblich reduziert worden und zwar auch in den kleineren Banken, wo immer noch größere Kenntnisse erforderlich sind, sondern es ist auch das Angebot von Arbeitskräften bedeutend gesunken. Die ersten, gut honorierten Posten werden vielfach nur nach Protection und ohne Rücksicht auf die Kenntnisse der Protectierten besetzt. Der persönliche und auch ge-

schäftliche Verkehr zwischen den Bankleitern und ersten Beamten mit den übrigen Angestellten ist längst nicht mehr so patriarchalisch wie in früheren Zeiten, er hat sich den veränderten Verhältnissen entsprechend ganz anders gestaltet und es hat sich derselbe Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wie im gesamten Wirtschaftsleben herausgebildet.

Der Referent beleuchtete sodann in eingehender Weise neben den sonst üblichen Einrichtungen namentlich die der Pensionsklassen. Danach ist nur in zwei großen Banken die Pensionsberechtigung statutarisch und für die Beamten günstig geregelt. In vielen Banken sind die Pensionsverhältnisse in der Hauptsache ungeregelt, es kann nach Willkür und Guust verfahren werden. Zum großen Teil besteht noch die Bestimmung, daß derjenige, der seine Stellung freiwillig aufgibt, alle seine Ansprüche an die Pensionskasse der betreffenden Bank verliert, was eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit für den Bankbeamten zur Folge hat, indem er sich nur sehr schwer entschließen kann, eine andre Stellung anzunehmen, wo er zunächst von dieser Begünstigung ausgeschlossen ist. Auch bei Entlassungen sind in verschiedenen Banken für den Entlassenen die Beiträge gänzlich, in andern Banken teilweise verfallen. Das schlimmste ist aber, daß oftmals mit dem Gelde gearbeitet wird und unter Umständen der ganze Pensionsfonds, wie es schon vorgekommen ist, verloren geht. Der Redner bespricht hierauf die in letzter Zeit vorgekommenen Entlassungen von Bankbeamten und teilt hierbei mit, daß die Dresdener Bank bisher keine Entlassungen vorgenommen hat, wie irrtümlich behauptet worden ist. Hingegen seien von der Nationalbank für Deutschland ca. 55 Angestellte entlassen worden. Bei der Dresdener Diskontobank finden fortgesetzt Entlassungen statt und auch einige andre Banken haben eine Personalreduzierung eintreten lassen oder in Aussicht genommen. Derartige Entlassungen von Bankbeamten waren früher ganz unerhört. Der eigentliche Bankbeamte, der nur in der Bankbranche einseitig thätig war, ist weit schlimmer dran, als der Handlungsgehilfe und auch wie der einfache Arbeiter, weil es ihm fast unmöglich ist, in einem andern Fach eine geeignete Stellung zu finden. Der Referent behauptet sodann, daß schließlich auch Beamtenentlassungen vorkommen, nur um das Unkosten-Konto, das durch die Spielverluste der Bankleiter belastet ist, herabzusetzen. Der Redner, der in seinen weiteren Ausführungen erörterte, was die Bankbeamten unter den veränderten Verhältnissen zu thun hätten, um einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage entgegenzuwirken, empfiehlt der Versammlung die Anerkennung und Bethätigung nach folgenden Grundfätzen:

Es ist eine dringende Notwendigkeit, den Alliiengesellschaften die gesetzliche Pflicht anzuerkennen, für ihre Angestellten Pensions- und Stellenlosigkeit-Versicherungen zu errichten, die rechtliche Ansprüche gewährleisten. — Ausdehnung der staatlichen Invaliditäts- und Altersversicherung auch auf Arbeiter mit mehr als 2000 M. jährlichem Einkommen. — Zur Erreichung dieser nächsten Ziele kann nur eine gemeinsame Organisation aller Handelsangestellten unter Einwirkung in die große moderne Arbeiterbewegung mit Sicherheit führen.

Die Ausführungen des Referenten wurden oftmals durch lebhafteste Kundgebungen unterbrochen, von einem Teil der Versammelten aber auch dagegen protestiert. In der Diskussion erklärte Herr Dr. Treuefeld, daß die Entwidlung des Bankwesens und die Verhältnisse der Angestellten von dem Referenten im wesentlichen ganz zutreffend geschildert wurde, daß er aber die Art des Vorgehens nicht gutheißen könne. Sehr treffend setzte Herr Penno Raab, der mit lebhaftem Beifall gegen den Vordredner polemisierte, den Versammelten auseinander, daß die Leitungen der kaufmännischen Vereine, die allerdings von den Chefs sehr zu Ungunsten der Angestellten beeinflusst sind, dazu gedrängt werden müssen, zu den schwebenden Tagesfragen Stellung zu nehmen und auf die Gesetzgebung einzuwirken. Nur durch verweigerte Audienzen oder in den Papierfordern wandernde Petitionen, sondern durch unablässige Thätigkeit, wie sie von den Klassenbewußten Arbeitern geliebt wird, werden Erfolge erzielt, und wenn die Bankbeamten dies einsehen, so müssen auch sie in dieser Weise vorgehen, um wirkungsvoll ihre Interessen zu vertreten. Hierauf sprach noch Herr Anobel, ein Angestellter der Dresdener Bank und Redacteur eines Organs für Bankbeamte, der zwar die gemachten Ausführungen nicht widerlegen konnte, aber sich gegen die Agitation unter den Bankangestellten wendete und behauptete, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der unglücklichste wäre und die Bankleiter dadurch veranlaßt würden, von ihrer Macht den Angestellten gegenüber Gebrauch zu machen. Dieser Redner verurteilte dann noch nachzuweisen, daß allerdings der Arbeiter immer Arbeiter bleiben muß, daß aber im Gegensatz hierzu den Bankbeamten viele Chancen zu höheren bzw. selbständigen Stellungen geboten werden. Die Ausführungen des Herrn Anobel veranlaßten einen Teil der Versammelten, die anderer Meinung waren wie der Redner, wiederholt zu Zwischenrufen. Als ans diesem Anlaß der Vorsitzende Friedländer die Bemerkung machte, Herr Anobel habe es wohl auf eine Störung der Versammlung abgesehen, entfiel eine anhaltende lebhafteste Unruhe, die sich jedoch legte, als der Vorsitzende erklärte, er nehme seine Versicherung zurück. Irrendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch bewies der lebhafteste Beifall, welcher dem Referenten auch bei seinem Schlußwort gezollt wurde, daß ein beträchtlicher Teil der Versammelten mit dem vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Schülern vertretenen Standpunkt durchaus einverstanden ist.

Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-

Wahlen für die Arbeiter sprach der Stadtverordnete Genosse V o r g m a n n in einer am Dienstagabend im Berliner Prater stotgehaltenen gutbesuchten Volksversammlung für den 24. und 25. Kommunal-Wahlbezirk. Der Redner verbreitete sich ausführlich darüber, wie seit dem Regierungsantritt des jetzigen Herrschers dem Berliner Kommunalstreik noch nie so recht die Sonne der königlichen Guld geschienen habe, trotzdem doch von seiten der liberalen Mehrheit im Roten Hause das Menschgemögliche geleistet worden sei, sich dieser Huld würdig zu erweisen. Millionen über Millionen habe es sich diese Mehrheit kosten lassen, um fast allen von jener Seite geäußerten Wünschen gerecht zu werden; Millionen, die freilich aus dem Steuerfädel der Bevölkerung genommen worden sind, derselben Bevölkerung, die schon in so vielen Fällen auf die Durchführung durchaus notwendiger und selbstverständlicher kommunalpolitischer Reformen verzichtet wurde, weil kein Geld dazu vorhanden war. Aber nicht nur Geld über Geld haben Magistrat und freisinnige Stadtverordnete daran gewendet, um die Sonne der königlichen Guld wieder über Berlin scheinen zu lassen, selbst die vitalsten Rechte der Kommune hat man preisgegeben, ohne doch den erhofften Erfolg zu erzielen.

Und ebenso wenig wie auf seiten der Krone hat die Stadt Berlin bei den verschiedenen fiskalischen Behörden jemals Entgegenkommen gefunden. Auch hier nichts als Maßnahmen, die alleamt auf die oftmals schlimmste materielle Schädigung der Stadtgemeinde hinauslaufen. Gegenüber diesen Thatsachen sei es absolut notwendig, daß Männer in das Stadtparlament gewählt würden, die gewillt sind, die Rechte der Stadt, die Interessen der großen Masse der Bevölkerung energisch und rücksichtslos zu vertreten. Männer, die ernstlich bemüht seien, die vielfachen Schäden auf dem Gebiet des Schulwesens, der Arbeiterfürsorge zu beseitigen und die sonstigen kommunalpolitischen Aufgaben der Stadt Berlin zur Durchführung zu bringen. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß dieser Aufgabe nur die Erwählten des arbeitenden Volkes, die Anhänger der Socialdemokratie, gewachsen sind. In der Diskussion sprach Genosse Reyle in zustimmendem Sinne. Gegner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Nachdem der Vorsitzende W ü n s c h zur regen Mitarbeit bei der Vorbereitung der Wahl aufgefordert, schloß derselbe die Versammlung mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie.

Für den 48. Kommunal-Wahlbezirk fand Dienstagabend im Kolberger Salon eine Wählerversammlung statt, in der Genosse Pfannkuch über die Bedeutung der Kommunalwahlen referierte. In seinem interessanten Vortrage kritisierte Redner, daß die liberale Majorität im Roten Hause für wirtschaftliche, socialpolitische Maßnahmen, wie sie im Interesse der Bürgerchaft liegen und seitens der socialdemokratischen Fraktion beantragt worden sind, wenig oder gar kein Interesse an den Tag legte, vielmehr sich in Byzantinismus gegenüber der Krone gefiel, der leider bis heutigen Tages noch „historische Rechte“ eingeräumt sind, durch deren Anwendung der Kommune Berlin hindernd in den Weg getreten wird. Genosse Pfannkuch schloß: Wählen Sie einen Socialdemokraten, so dürfen Sie sich versichert halten, daß kein Beschaffen dorthin geschickt wird, wo es gilt, große Kulturaufgaben zu lösen; es thut nur, Männer zu entsenden, die in erster Linie den Interessen des Proletariats und somit gleichzeitig der Allgemeinheit der Kommune Berlin zu dienen wissen. (Beifall.) Eine Diskussion fand nicht statt und wurde die Versammlung, nachdem der Vorsitzende verschiedene geschäftliche Mitteilungen gemacht und zu früherer Agitation für die bevorstehenden Wahlen aufgefordert, mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter hielten am 14. d. M. im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom dritten Quartal. Danach beläuft sich die Gesamtsumme auf 6579 M. 90 Pf., der eine Ausgabe von 4018 M. 20 Pf. gegenübersteht. An Krankenkassenbeiträge wurden 3195 M. verausgabt. Als Obmann für die Kontrollkommission wurde Jädicke, als Kommissionsmitglied für Bezirk Südostens Pöcking, als Mitglied der Kätzhener-Kommission W. Wolf gewählt. Sauerzopf teilte sodann u. a. mit: Die Organisationen der Holzarbeiter, der Möbelpolierer und der Maschinenarbeiter haben ein Kartellverhältnis auf folgender Grundlage abgeschlossen: die Möbelpolierer und die Maschinenarbeiter entsenden regelmäßig zu den Sitzungen des Holzarbeiter-Verbandes je einen Delegierten behufs Wahrnehmung der gemeinsamen Verhältnisse-Interessen. Bei allgemeinen Streiks unterstützen sich die Organisationen gegenseitig, nachdem vorher eine gemeinsame Beratung der Vorstände stattgefunden hat. Bei der Arbeitsvermittlung sind vollberechtigte Mitglieder des Holzarbeiter- sowie des Maschinenarbeiter-Verbandes, welche Maschinenarbeiter sind, gleichberechtigt und werden der Reihe nach im Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter, Kleine Andreaskstraße 15, geführt. Alle im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes eingelaufenen Stellen für Maschinenarbeiter sind sofort im Arbeitsnachweis der Maschinenarbeiter, ohne Angabe der Adresse, zu melden. Diese eingelaufenen Stellen im Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes erhalten nur die Kollegen, welche mit einer vom Maschinenarbeiter-Verband ausgestellten Karte sich legitimieren können. Bei Wahlen und Vertretungen zu Körperschaften (Gewerbeämtern, Immungaukschuss usw.) werden die Kandidaten gemeinsam aufgestellt. So lange das Kartell besteht, sind die Organisationsstreitigkeiten in den Werkstätten zu unterlassen. Die Versammlung nahm befriedigt hiervon Kenntnis. Ein Antrag, die Versammlung möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, eine Statistik anzunehmen, wieviel Mitglieder auf den „Vorwärts“ abonniert sind, wurde angenommen.

Die Section der Handwerker und Packer des Centralverbandes der Handels- u. Arbeiter beschäftigte sich in ihrer am 15. October abgehaltenen Versammlung mit den schon öffentlich besprochenen Mifständen, die bei den Paketannahmestellen der Postämter sich regelmäßig des Abends bei Schluß der Dienststunden infolge starken Andranges der Geschäftsbediener zur Paketabfertigung bemerkbar machen. Der Referent Berner hob unter andern hervor, daß, obgleich der Staatssekretär v. Rodtlofski bei der Besprechung der besagten Mifstände im Reichstage Abhilfe zugesagt habe, bis jetzt noch keine durchgreifende Aenderung eingetreten sei. Ja, bei den meisten Postämtern hätten die Mifstände jetzt einen höheren Grad erreicht als früher. Auf einzelnen Postämtern, namentlich in der Kronenstrasse und auf dem Haupt-Postamt in der Spandauerstrasse, sei der Verkehr in der Zeit von 6-8 Uhr abends lebensgefährlich. Obwohl um 7 Uhr die Thüren zu den Annahmestellen geschlossen werden, häuften sich die Pakete so an, daß die Abfertigung oft bis 9 Uhr abends dauert. Die Arbeitszeit der hier in Frage kommenden Hausbediener und Packer werde dadurch unnötig verlängert. Diefem Uebelstand werde aber nur dann abgeholfen, wenn seitens der Oberpostverwaltung die Verfügung erlassen wird, daß anstatt wie bisher um 7 Uhr die Postpaket-Annahmestellen in Zukunft um 6 Uhr abends geschlossen werden müssen.

Ebenso mühte dies auch bei den Bahnpostämtern geschehen, wo heute noch bis nachts 12 Uhr und darüber hinaus gewöhnliche Pakete, auch in größeren Mengen angegehoben werden dürfen. Nach lebhafter Diskussion, in welcher Ralisch, Guttsche, Straube und Wener in demselben Sinne wie der Referent sprachen, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: Die Versammlung spricht ihre tiefste Entrüstung über die bestehenden Mifstände bei den Paket-Annahmestellen der hiesigen Postämter aus. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes, bei der Ober-Postdirektion Berlin Beschwerde in dieser Angelegenheit einzulegen. Das zur Verfügung stehende Material ist der socialdemokratischen Fraktion des Reichstages sowie den Vertretern der Kaufmannschaft zu überweisen.

Die Radfahrer hielten am 16. October ihre regelmäßige Mitgliederversammlung in den Arminshallen ab. Ebe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ertheilte die Versammlung das Mandat des verstorbenen Kollegen Antoni Menardes. Hierauf gab der Vorsitzende viele das Resultat der Streikfondsarten-Kontrolle bekannt. Es wurden von der Verwaltung Berlin III 259 Karten ausgeföhrt, davon gelangten zur Kontrolle 102, es entzogen sich der Kontrolle 67, außerdem stellten sich zur Kontrolle 15 von andern Zahlstellen ausgestellte Karten. Summa 207 Karten. Die Kontrolle erstreckt sich auf 32 Wochen. Ans der Kontrolle war zu entnehmen, daß nur 4 Kollegen diese 32 Wochen voll gearbeitet haben, während 203 Kollegen zusammen 1347 Wochen, also im Durchschnitt jeder Kollege von 32 Wochen 6 2/3 Wochen arbeitslos war. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Es betrug die Einnahme für die Hauptklasse 1363,90 M., welche einer Ausgabe von gleicher Höhe gegenüberstand. Für die Lokalkasse betrug die Einnahme mit allem Bestand zusammen 2271,82 M., die Ausgabe 326,25 M. Es blieb ein Bestand von 1945,57 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 193. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im Verschiedenen wurde beschloffen, daß von jetzt ab nur solche Fälle von Maßregelungen Berücksichtigung finden sollen, welche fogliche vorschreibensmäßig gemeldet werden. Es wurde zur Sprache gebracht, daß die Firma Günther u. Solwedel nicht den tarifmäßig vereinbarten Lohn zahle. Die Versammlung war der Ansicht, daß bei dieser Firma mal Wandel geschaffen werden müsse. Die Kommission wurde beauftragt, die nötigen Schritte sofort einzuleiten.

Die hiesige Weichense des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 19. October ihre Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassierers hatte die Verbandskasse eine Einnahme (inkl. Bestand vom vorigen Quartal) von 1244,88 M., dem stand eine Ausgabe von 702,10 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 482,78 M. verbleibt. Die Lokalkasse wies eine Einnahme von 404,52 M. und eine Ausgabe von 249,94 M. auf. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1008,13 M. und eine Ausgabe von 54,60 M.; bleibt somit ein Bestand von 953,53 M. Nachdem der Kassierer entlastet wurde, hielt Dr. Wollheim einen Vortrag über „Lust und Leben“. Hierauf gab Kollege Heine den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Da selbiger sein Amt niedergelegt hatte, wurde Kollege Schlemminger als Gewerkschafts-Delegierter gewählt. Sodann machte der Bevollmächtigte auf die bekannte Firma Schütz in Leipzig aufmerksam, wo sämtliche Arbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt haben.

„Was werde Licht!“ Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute (Donnerstag) 9 Uhr abends im Dresdener Garten, Dresdenstr. 46: Besprechung. Tagesordnung: 1. Vortrag der Lehrerin a. D. Frau Planer-Bahnen: „Bedürfnisse unsere Schulen einer Reform?“. 2. Diskussion: 3. Beschließendes. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Heute fällt die Versammlung aus. Die nächste Versammlung findet statt am Donnerstag, den 21. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. — Anmeldungen für die Genossenschaft „Abstinente“ nimmt entgegen der Vorsitzende: Otto Rüniger, N., Dunderstr. 90a, III.

Berliner Zweigverein der Föderation. Öffentliche Versammlung Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathhauses. Vortrag der Frau Dr. Schöen: „Die Stillgeburtbewegung“. Eintritt (Herren und Damen) frei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 24. Oktober.
Opernhaus. Hohenstein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schaubühne. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kron). Geschlossen.
Schiller. Hans Hildebrand. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Wildente. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Mann darauf: Es tagt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. — Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das ewige Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Gar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Dantes Alencrons Bunte Welt. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Mann im Mond. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landkrieger. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Liebesschlange. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Walsh. Specialitäten-Vorstellung. Weißliche Barbier. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Vanoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Qualitätsstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: Hans Hucklebein.
 Schwan in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Freitagabend 8 Uhr: Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag.
 Sonnabendabend 8 Uhr: Hans Hucklebein.

Central-Theater.

Heute zum 771. Male:
Die Geisha.
 Operette in 3 Akten von S. Jones.
 Freitag neu einstudiert: Die Puppe.
 Operette in 3 Akten von Audran.
 Einlage: „Die frische Klette“ (Gesungen von Vio Berber. — Sonnabend: Die Geisha. — Sonntag: Die Puppe. Einlage: „Die frische Klette“.

Metropol-Theater.

Schön war's doch!
 Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
 Gastspiel:
Saharet!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
 Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntag 7 Uhr, von 6-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. (Bochens) Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. (Bochens) Vereinskassensitzung und Tanz frei. Alle anderen Tage bleiben die Säte in Gesellschaften und Versammlungen frei.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
 Friedrichstr. 105.
Horwarths wunderbare 6 Liliputaner
 mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Theater Schall und Rauch.
 Unter den Linden 44.
 Donnerstag, den 24. Oktober 1901:
Neues Programm!
 Täglich:
Die Gefangene. — Brettlleiters Höllefahrt. — Ein Geheimnis. — In Vormundenschaftssachen etc.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
 Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
 Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Holmerding als Wolzogen. Junkermann, Böse. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonnabend, den 28., zum 50. Male: Ein tolles Geschäft.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132.
Berliner Rangen!
 Große Ausstattungssposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Wildert. Musik von H. Leonard.
 Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!
 Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Kindervorstellung. Zum letztenmal: **Aschenbrödel.**
 In Vorbereitung: **Der Märchenbrunnen.**

Apollo-Theater.
 Letzte Woche!
Frau Luna
 mit dem Luftballett **Grigolatis.**
 Ferner:
10 sensation. Specialitäten.
 Anfang 8 Uhr.
 In Vorbereitung: **König Aqua.**

Passage-Theater.
 Abschieds-Vorstellungen von **Sozo Kühne** **Hiasl und Franzl** und des glänzenden **Oktober-Programms.**
 18 erstkl. Nummern.

Palast-Theater
 (früher Feen-Palast) Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler u. Fröbel.
 Allabendlich grosser Jubel!
15 Sensations-Nummern.
 Um 9 Uhr köstlicher Beifall: **Direktor Wilhelm Fröbel** in der erfolgreichen Operette **Weibliche Barbier.**
 Neueste Tages- Ereignisse: **Die drei Silbersterne.** Der Musik-Sport-Kst. Lebende Hosen - Photographien. Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Billetverkauf von 11-1 Uhr.
 In Vorbereitung: **Grossstadtzauber.**

W. Noacks Theater.
 Brunnenstrasse 16.
Penjion Schöller.
 Poße in 3 Akten von Carl Knafs.
Heute Tanzkränzchen.
 Freitag:
Maria Stuart.

Cirkus Schumann

Renz-Gebäude, Karlstrasse.
Donnerstag, 24. Oktober 1901.
 abends präc. 7 1/2 Uhr:
 Elite-Abend. Gala-Programm.
 Neue Debüts. Sämtliche neu engagierten Specialitäten. Direktor Alb. Schumanns neueste Original-dressuren. „Die Arche Noahs“ etc. Zum Schluss: Der Schläger der Saison.
A Travers Paris
 (Quer durch Paris) mit dem Schlusssatz: **Nordseebad Scheveningen.**
 Unter persönlicher Leitung des Komponisten **Emile Doloire aus Paris,** Inhaber des ersten Preises des Konservatoriums von Paris und Schüler des berühmten Compositors Pessard.
 Ferner **Mr. Ephraim** Thompson der Untopierbare, mit seinen **Wunder-Elefanten.**
 Sämtl. Dressur-Triks vollständig neu für Berlin.

Cirkus Busch.
 Donnerstag, 24. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Equestre.
 His guet Brandenburg allwege. Hr. Ritter u. Ritter-Schauspiel aus der kurbrandenb. Zeit zu Wasser u. z. Lande. Zum erckennale in Berlin: Herr Maximilian u. 5 Elefanten.
 Brosé mit seinen 5 Elefanten.

Reichshallen.
 Stettiner Sänger.
 „Bosco“.
 Meysol. Britton.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: **Internationale Konzerte.**
 Specialität: **Doppel-Vorstellung** von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
 Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Arbeiter - Bildungsschule.
 Sonntag, den 27. Oktober 1901, im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Liliencron- und Falke-Abend.
 Recitationen. — Feste. — Gesang.
 MIT WIRKENDE:
 Max Heinicke (Violino). Frau Moest-Schock (Gesang).
 F. Rückwardt (Viola). Friedrich Moest (Recitationen).
 A. Löffler (Violon-Cello). Waldemar Meier-Quartett. Leitung: Kapellmeister Erben. Dr. Rudolf Steiner (Feste).
 Rauchen nicht gestattet. Die Saalthüren bleiben während der Vorträge geschlossen.
 Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr. Billet 50 Pf. inkl. Garderobe und Liedertext. 5/6
BALL.
 Billets sind an der Kasse und an folgenden Stellen zu haben: Gottfr. Schulz, Kottbuser Platz; Horsch, Engel-Ufer 15; Reul, Barnimstr. 42, an den Unterrichtsabenden in der Schule, sowie bei den Vorstandsmitgliedern.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Montag 7 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. J. N. Hütt.
 Sonntag 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Anker Brikets
 Prüfen Sie bitte: **die besten der Gegenwart!**
 Gardinenhand Bernhard Schwarz, Walf. 29 (Haupt-Eingang)
Dr. Mainzer Handkäse
 100 Stück 3,00 in Rifen u. 2,400 Stk. Wainger Teilstück. Sauerkraut, Salz, und Essiggurken. in gr. u. kl. Gebind. je 1 Probeport. sch 3 M. franko u. Garant. g. Radu. **Jean Schröder, Mainz.**
Dr. Schünemann,
 Spezialarzt für Haut, Haar, und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/12-1/3, 1/5-1/8.

Möbelstoffe!

auch Reste alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf: **Mocquett-Pilse 5,35 M.** per Meter (130 Centimeter breit). Muster bei näher. Angabe franco. **Berlin S., Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.**

Arbeits-Anzüge
 für jeden Industriezweig, konf. man billig bei **Adolf Wecker** 3. Mühlendamm 3.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie
 Ziehung schon 26. Oktober cr. 13160 Gewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
375000
 Die Hauptgewinne sind:
100000
60000
40000
20000
10000
 etc. etc.
 Originallosse 4 Mk. Für Porto und Liste 50 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Haupt-Geschäft: **Berlin W., Friedrichstr. 131**
 Filialen:
 NW.: Wilsnackerstr. 63.
 O.: Andreasstr. 46 a.

Verband der an Goldbearbeitungs-Maschinen

beschäftigten Arbeiter Berlin und der Umgegend. **Todes-Anzeige.**
 Am Montag, den 21. Oktober, starb unser langjähriges Mitglied **Paul Neumann.**
 Seine seinem Andenken. Die Beerdigung findet heute, **Donnerstag, den 24. Oktober,** nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlr. reiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**
 Hiermit die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Steinmetz **Heinrich Eltzschig** am 21. d. M., abends 10 1/4 Uhr an der Berufskrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag den 25. d., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlr. reiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**
 Hiermit die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Steinmetz **Heinrich Eltzschig** am 21. d. M., abends 10 1/4 Uhr an der Berufskrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag den 25. d., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlr. reiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**
 Hiermit die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Steinmetz **Heinrich Eltzschig** am 21. d. M., abends 10 1/4 Uhr an der Berufskrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag den 25. d., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Um zahlr. reiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Dankagung.
 Sagen hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie allen Geldspendenden meinen herzlichsten Dank für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme unserer lieben Schwester und Schwägerin Frau Marie Krüger geb. Sommerfeldt (1317b) Carl Schmidt nebst Frau. Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Barischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinsstammes mit Klavier für 30-50 Personen. **H. Stramm, Ref. Ritterstr. 123.**

Schönheit der Zähne ist eine Zierde.
Max Guckel, Lausitzer 2, Zahn-Atelier. Behrrenom und wohlbekannt. Künstl. Zähne, tadellose Ausföhr. v. 3 M. an. Plomb. v. 2 M. an. Keine Extraberechn. Schürzgl. Zahnsteden. Wateng. gehalten. Woche 1 M.

Das beste Genussmittel für den Magen
 und unentbehrlich für jede Haushaltung ist
Dr. med. Woerlein's Magentrank
 a Mt. 1,-, 1,50, 3,- per Flasche.
 Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerlein's, prakt. Arzt.
 Ferner nach dessen Vorschrift:
Diätische Thees.
 Fabrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.
 Erhältlich in Berlin:
 C.
 Dr. Albert Bernards Einhorn-Apothete, Rurtr. 34/35.
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Königl. 59.
 W.
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.
 C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Kurfürststr. 139.
 Max Eckert, Adler-Droguerie, Rulmstr. 1, Ecke Alvenslebenstr.
 Bruno Stärkow, Kollendörpstr. 8.
 W. Köppen, Alvenslebenstr. 26a.
 Dr. H. Rosemann & Co. Nachf., Wallstr. 24.
 H. O. Korth, Lützow- und Genthinerstr. 25.
 Hans Schoone, Ragnedurgerstr. 25.
 Eugen Gwin, Pinftr. 15.
 Paul Oelgart, Dammstr. 14.
 M. F. Berger, Neue Steinmehstr. 3.
 SW.
 Franz Schwarzlose, Peltzigerstr. 56.
 Apoth. E. R. Hehniger, Drog., Kochstr. 3.
 Gustav Rottig, Sellenlancestr. 91.
 Ernst Wilh. Wehrlich, Blücherstr. 1.
 C. F. Anker, Friedrichstr. 249.
 Johannes Scops, Friedrichstr. 240/241.
 Kurt Bahr, Blücherstr. 15.
 NW.
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Lützowstr. 39.
 Herm. Bardorff, Geylendorferstr. 30.
 H. Bischoff, Beusselstr. 31.
 Herrlich Mehlitz, Breitenstr. 42.
 F. u. R. Rades, Wilhelmshagenstr. 52.
 Felix Günther, Stromstr. 40.
 Hans Nossack, Stephanstr. 56.
 N.
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Eisaferstr. 97.
 Hugo Barth, Brunnenstr. 18.
 Franz Bernecker, Brunnenstr. 102.
 NO.
 Rich. Loose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königl. 19.
 Franz Buhl, Neue Königl. 85.

Das beste Genussmittel für den Magen
 und unentbehrlich für jede Haushaltung ist

Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerlein's, prakt. Arzt.

Diätische Thees.

- Erhältlich in Berlin:
 C.
 Dr. Albert Bernards Einhorn-Apothete, Rurtr. 34/35.
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Königl. 59.
 W.
 Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.
 C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Kurfürststr. 139.
 Max Eckert, Adler-Droguerie, Rulmstr. 1, Ecke Alvenslebenstr.
 Bruno Stärkow, Kollendörpstr. 8.
 W. Köppen, Alvenslebenstr. 26a.
 Dr. H. Rosemann & Co. Nachf., Wallstr. 24.
 H. O. Korth, Lützow- und Genthinerstr. 25.
 Hans Schoone, Ragnedurgerstr. 25.
 Eugen Gwin, Pinftr. 15.
 Paul Oelgart, Dammstr. 14.
 M. F. Berger, Neue Steinmehstr. 3.
 SW.
 Franz Schwarzlose, Peltzigerstr. 56.
 Apoth. E. R. Hehniger, Drog., Kochstr. 3.
 Gustav Rottig, Sellenlancestr. 91.
 Ernst Wilh. Wehrlich, Blücherstr. 1.
 C. F. Anker, Friedrichstr. 249.
 Johannes Scops, Friedrichstr. 240/241.
 Kurt Bahr, Blücherstr. 15.
 NW.
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Lützowstr. 39.
 Herm. Bardorff, Geylendorferstr. 30.
 H. Bischoff, Beusselstr. 31.
 Herrlich Mehlitz, Breitenstr. 42.
 F. u. R. Rades, Wilhelmshagenstr. 52.
 Felix Günther, Stromstr. 40.
 Hans Nossack, Stephanstr. 56.
 N.
 G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Eisaferstr. 97.
 Hugo Barth, Brunnenstr. 18.
 Franz Bernecker, Brunnenstr. 102.
 NO.
 Rich. Loose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königl. 19.
 Franz Buhl, Neue Königl. 85.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
 jetzt: Köpnickerstrasse 160, Nanteuffelstrasse.

4. Wahlkreis (Süd-Ost).

Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Arania“, Brangelsstraße 10:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Gen. Aug. Bebel über: „Die Aufgaben des nächsten Reichstags“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Zeitungs-Kommission und Neuwahl derselben.
214/20
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Achtung, 6. Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 24. Oktober 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dietrich, Brunnenstraße 34:

Kommunalwähler-Versammlung für den 32. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen und unsere Aufgaben im Roten Hause. Referent Arthur Stadthagen. 2. Diskussion.
220/4
Parteilosen, agitiert für den Besuch dieser Versammlung. Das Wahlkomitee.

Volks-Versammlung

am Freitag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, in Obfild Festsaal, Schöneberg, Reiningen- u. Martin Lutherstr.-Ecke.

Tages-Ordnung:

1. Der Milchkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen. 2. Diskussion.
203/15
W. Schönmann.

Die Schöneberger Frauen sind zu dieser wichtigen Versammlung besonders eingeladen.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Samstag, den 27. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Große Versammlung

aller zum Streitgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Alwin Körsten über: „Die Bedeutung des Unfallversicherungs-Gesetzes für die Bauarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Wahlkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
46/1
Wichtiges Erscheinen erwartet Die Lohnkommission. J. K.: Karl Heldmann.

Centralverband der Maurer etc.

(Zahlstelle Berlin II.)

Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen:

Für Schöneberg im Lokal Krüger, Grunewaldstraße Nr. 110. Für Wedding im Lokal Bergmann, Pajewalkersstraße 3.

Am Freitag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr:

Für Moabit bei Schöster, Stromstraße 28.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Vertreterwahl. 2. Verbandsangelegenheiten. Um regen Besuch bitten
144/114
Die Verbandsleitung.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

Samstag, 27. Oktober, nachm. 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Oeffentliche Versammlung

der Kupferschmiede Berlins mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Haunse: „Wie die Götter haben.“ 2. Jahresbericht des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.
132/25
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Ortskrankenkasse der Maler.

Montag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, in den „Armin-Gallen“, Kommandantenstraße 20:

Generalversammlung sämtlicher Kassenmitglieder.

Tages-Ordnung:

Ergänzungswahl von 17 Delegierten, Arbeitnehmer, gemäß § 47a des Statuts. — Mitgliederbuch legitimiert.
131/4b
Der Vorstand.

+ Herren-Vortrag +

Carl Bruchhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Donnerstag, d. 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.
Nur Herren! (18235) Eintritt frei!

Orts-Krankenkasse

der Gastwirte

u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Wahl-Versammlung

der Mitglieder (Arbeitnehmer) der Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin am Freitag, den 1. November 1901, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Graumann, Raunynstr. 27, zur Vornahme der Ergänzungswahl für 32 ausgeschiedene Kassenmitglieder-Vertreter für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1902.
274/14
Nur Mitglieder, welche ihr in Ordnung befindliches, eventuell vom Arbeitgeber ausgefülltes Mitgliedsbuch am Eingang zum Wahllokal vorzeigen müssen, haben das Recht, sich an den Wahlen zu beteiligen. Geschriebene, gedruckte oder auf anderem mechanischen Wege hergestellte Kandidatenlisten dürfen bei den Wahlen benutzt werden.
An den Wahllokal schließt sich ein Vortrag des Herrn Dr. R. Friedberg über: „Die Bedeutung der Krankenkasse für den Arbeiter.“ Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Vortrages für die Kassenmitglieder ist ein zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.
Berlin, den 23. Oktober 1901.
Der Vorstand.
Poppe, Kraushaar, Vorsitzender, Schriftführer.

Dr. med. Schaper
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsrüsterstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderstr. 21

Socialdemokratischer Verein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Cestreichs Victoria-Salon, Perlebergerstr. 11:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Dr. Karl Liebknecht: „Die Gelden des Roten Hauses“. — Gäste haben Zutritt.
284/14
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 27. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr: 2 Vorstellungen.

2./3. Abteilung im Carl Weiss-Theater:

Das Friedensfest.

10./11. Abteilung im Lessing-Theater:

Gespenster.

Heute, Donnerstagabend 8 Uhr, in der „Ressource“, Kommandanten-Strasse 57:

General-Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Martin Zickel: Ueber Regiekunst.

Geschäfts-, Kassen-, Revisionsbericht, Diskussion, Verschiedenes. — Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
231/6
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Berggoldder!

Heute, Donnerstagabend 8 Uhr, in der „Alhambra“, Wallner-Theaterstraße 15:

Anherord. Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Wahregelung bei der Firma Leo Berg & Co. und Stellungnahme dazu. 2. Verschiedenes. — Der Arbeitgeber und Vorsitzender sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Zahlreichen Besuch erwartet
1220/4
Der Vorstand.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.

Sonabend, den 9. November 1901:

im „Böhmischen Brauhause“, Landsberger Allee:

Herbst-Fest

Bestehend in

grossem Sinfonie-Konzert und Solisten-Vorträgen.

Kapellmeister: Herr Fischer.

Anfang Punkt 8 Uhr. Entree inkl. Tanz 0.60 Mk. Billets sind im Bureau Engel-Ufer 15, Zimmer 27, und beim Kollegen Greier, Köpenickerstraße 1, 2. Aufgang 4 Tr. zu haben. 21/11
Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch der Kollegen erwartet Das Vergnügungskomitee.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

(Verwaltungsstelle Berlin).

Donnerstag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Hoffmann, Köppliner Hof, Köpplinerstraße 8:

Oeffentliche

Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Wird durch die Gewerkschaftsbewegung die heutige Gesellschaftsordnung viel beeinträchtigt?“ Referent Genosse Fritz Kator. 2. Diskussion.
Die Metallarbeiter des Nordens sind ganz besonders eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Schon übermorgen

Ziehung: 28., 29., 30. Oct. und 1., 2. Nov. 1901.

4. Meissner Dombau-Geld-Lotterie

13 160 Gewinne und 1 Prämie in Höhe von

Mark **375000** Mark.

Baargeld ohne Abzug. Im glücklichsten Falle ist

der grösste Gewinn **100000** Mark

1 Prämie zu **60000** Mark

1 Haupt-Gewinn zu **40000** Mark

1 Haupt-Gewinn zu **20000** Mark

1 Haupt-Gewinn zu **10000** Mark

2 Gewinne zu **5000** Mk. = **10000** Mark

5 Gewinne zu **3000** Mk. = **15000** Mark

20 Gewinne zu **1000** Mk. = **20000** Mark

30 Gewinne zu **500** Mk. = **15000** Mark

50 Gewinne zu **300** Mk. = **15000** Mark

150 Gewinne zu **100** Mk. = **15000** Mark

400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mk.

Loose à **3 Mark** Porto und Liste 30 Pf. extra
gegen Postanweisung oder Nachn. durch das General-Debit

Alex. Hessel, Dresden, Weissgasse 1.
K. S. Lotterie-Collection.

Verkaufsstellen in Berlin: Oscar Bräuer & Co. Nachf., W., Friedrichstraße 181, Wilsnackerstr. 63, Andreasstr. 46a; Neubauer & Co., W., Friedrichstr. No. 193/99; Ludwig Müller & Co., C., Breitestr. 5; Carl Heinze, W., Unter den Linden 3; Emanuel Meyer jr., C., Stralauerstr. 54; Carl Leipziger, C., Rosenthalerstr. 53; Hugo Rendelmann, W., Friedrichstraße 206; M. Mündheim, SW. 19; Julius Hahlo, W., Friedrichstr. 160; H. Allen, Sebastianstraße 77; J. Rosenberg, Kommandantenstraße 51; R. Schumacher, Unter den Linden 43, und in allen durch Plakate kenntlichen Looshandlungen.

Achtung!

Fast alle Molkereibesitzer, auch mehrere Milchhändler und Bäcker helfen die Milch-vertenerungs-Pläne des agrarischen Milchrings dadurch fördern, daß sie Ringmilch verkaufen beziehungsweise mit dem Milchring in Geschäftsverbindung stehen!

Achtung!

Wer den Agrariern zu einem willkürlichen Preismonopol für alle Lebensmittel, erst Milch, dann Butter, Käse, Fleisch, Kartoffeln, Obst, Gemüse usw. verhelfen will, kauft von der Ring'schen Milchcentrale;

jeder andre beachte die ringfreien Geschäfte.

Sämtliche Geschäfte, die ringfreie Milch führen, haben das rote Vereins-Plakat mit dem Namen Wiesener und dem Stempel des Vereins Berliner Milchpächter.

Vereinigte Milchhändler Berlins und Vororte.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kantabakfabrikate verhängt. Den Anheberevers (Versagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kantabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothard & Comp., F. C. Lereche, Salfeld & Stein.

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

4. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 23. Oktober 1901 vormittags.
Für die Gewinne über 232 Mk. sind den berechtigten
Gewinnern in Rechnung beizulegen.
(Daneben Gewinne.)

80 308 85 462 532 31 710 46 07 [5000] 807 1090	113010 33 50 [1000] 69 00 110 17 97 558 630 89 851
157 583 608 790 806 2065 126 477 65 582 700 47 822	114008 180 206 472 [5000] 671 [5000] 707 905 41 [5000]
906 3235 30 477 755 801 4074 226 95 936 87 421	115022 290 309 [1000] 98 [1000] 436 80 585 833 42 87
66 616 736 874 [5000] 904 [3000] 5021 213 51 55 64 612	910 37 63 70 116052 145 288 837 624 97 771 904
62 [1000] 783 833 907 59 6017 349 531 75 95 [3000]	117219 345 89 451 62 88 681 747 896 118017 69 203
704 7229 898 090 704 [1000] 74 8015 45 129 218 626	692 751 854 900 119125 831 [1000] 632 779 804
62 681 98 703 874 91 9298 349 422 61 905 630 703 955	120068 75 235 764 84 819 121165 90 343 57 342
10332 75 151 273 322 65 989 11005 217 315	403 31 39 509 839 905 122033 [1000] 82 88 299 514
[3000] 408 43 828 970 86 12221 29 322 428 579 632	[5000] 54 813 56 123063 379 594 707 810 22 74 124101
772 78 81 841 99 952 87 13153 97 231 74 317 76 95	[5000] 25 45 91 311 471 622 734 878 961 62 125011 39
477 619 709 31 834 905 [5000] 14206 25 662 824 15049	207 496 901 126163 271 438 583 603 [3000] 906
[5000] 164 [3000] 73 417 95 883 768 843 93 10393 66	127943 57 356 448 507 636 703 89 964 128905 24 83
25 401 55 [1000] 78 076 82 98 912 99 17014 110 371	184 215 39 47 [1000] 606 57 721 129225 59 314 32 419
73 84 419 524 75 89 896 88 78 790 838 [1000] 96 71	97 78 610 708 75 835
70 911 60 1814 2133 110 28 45 54 612 727 89 [3000]	130016 77 202 [5000] 417 725 807 31 998 131012
814 78 [5000] 19068 490 23 45 551 606 73 761 936	103 93 202 329 63 94 610 43 722 48 69 132010 174 968
20049 262 [5000] 472 490 725 920 21099 175 434	613 80 99 482 978 08 [1000] 133375 419 25 56 557 697
[1000] 563 63 789 861 79 22082 286 490 633 58 814 95	96 719 33 819 44 59 916 37 64 134016 107 412 760 867
918 22 [2000] 215 27 [5000] 35 93 897 984 994 24047	135150 256 98 330 44 482 97 598 687 778 927 136367
52 72 [3000] 151 74 [3000] 413 894 98 948 53 25078	288 374 [1000] 521 600 4 57 778 900 139760 68 [5000]
323 493 513 690 710 31 40 42 26041 95 237 38 89	715 54 82 854 [1000] 138042 336 683 710 813 33 98
387 423 536 757 [5000] 83 807 32 [3000] 27479 587 607	139015 [5000] 76 132 290 389 403 501 33 911 77 [5000] 79
787 530 910 60 22829 306 578 741 [5000] 83 88 838 939	140248 367 793 [3000] 853 [1000] 141133 225
29065 428 601 32 801 74	33 348 467 69 77 536 841 88 931 142041 109 224 514
30032 149 [5000] 289 324 502 9 89 [5000] 633 718	88 403 19 21 46 [3000] 732 143088 500 766 [3000] 822
[1000] 59 31000 96 75 111 623 33 65 786 807 [1000]	71 93 955 144500 [5000] 617 767 90 145013 69 159
48 32181 214 78 308 480 632 40 715 56 95 916 35	219 767 95 981 146079 232 432 584 696 147133 226
772 78 81 841 99 952 87 13153 97 231 74 317 76 95	66 347 80 327 630 88 896 896 [1000] 89 148006 179
477 619 709 31 834 905 [5000] 14206 25 662 824 15049	601 27 41 765 813 941 71 149167 [1000] 244 565 678 754
[5000] 164 [3000] 73 417 95 883 768 843 93 10393 66	150011 117 44 76 227 553 151243 78 345 61
25 401 55 [1000] 78 076 82 98 912 99 17014 110 371	808 41 943 51 152158 378 410 27 35 74 643 719 844
73 84 419 524 75 89 896 88 78 790 838 [1000] 96 71	937 98 153016 [1000] 119 69 [1000] 271 239 596 79
70 911 60 1814 2133 110 28 45 54 612 727 89 [3000]	613 19 94 930 64 [5000] 89 154160 339 804 650 51
814 78 [5000] 19068 490 23 45 551 606 73 761 936	716 873 994 29 155014 196 99 497 729 32 156004
20049 262 [5000] 472 490 725 920 21099 175 434	[1000] 90 93 159 92 215 51 733 808 14 72 932 158006
[1000] 563 63 789 861 79 22082 286 490 633 58 814 95	157233 343 955 [1000] 733 820 820 54 [5000] 61 916
918 22 [2000] 215 27 [5000] 35 93 897 984 994 24047	74 159090 120 75 160071 434 663 69 76 713 44
52 72 [3000] 151 74 [3000] 413 894 98 948 53 25078	160211 591 827 608 853 946 59 161003 323 84
323 493 513 690 710 31 40 42 26041 95 237 38 89	688 719 [5000] 915 162074 182 242 312 472 92 312
387 423 536 757 [5000] 83 807 32 [3000] 27479 587 607	57 [5000] 97 98 919 34 55 85 [5000] 163013 39 [1000]
787 530 910 60 22829 306 578 741 [5000] 83 88 838 939	330 617 [5000] 787 953 [5000] 165163 461 610 781
29065 428 601 32 801 74	85 827 949 74 166013 44 208 19 23 24 300 418 572
30032 149 [5000] 289 324 502 9 89 [5000] 633 718	684 750 849 952 107137 43 208 [5000] 93 386 408
[1000] 59 31000 96 75 111 623 33 65 786 807 [1000]	645 787 968 168996 189 264 99 [3000] 480 84 504
48 32181 214 78 308 480 632 40 715 56 95 916 35	614 700 28 896 169054 97 585 729 801 [1000] 301
772 78 81 841 99 952 87 13153 97 231 74 317 76 95	50 84
477 619 709 31 834 905 [5000] 14206 25 662 824 15049	170200 542 647 55 172101 20 479 871 82 628
[5000] 164 [3000] 73 417 95 883 768 843 93 10393 66	96 99 855 59 173062 71 76 154 304 61 592 95 701
25 401 55 [1000] 78 076 82 98 912 99 17014 110 371	15 94 142 174400 541 48 50 96 633 175152 552
73 84 419 524 75 89 896 88 78 790 838 [1000] 96 71	55 64 176037 88 78 200 8 [5000] 71 444 [3000] 61 593
70 911 60 1814 2133 110 28 45 54 612 727 89 [3000]	615 865 177027 63 163 79 586 611 76 740 98 910
814 78 [5000] 19068 490 23 45 551 606 73 761 936	29 43 61 178313 563 802 5 179300 62 99 405 89
20049 262 [5000] 472 490 725 920 21099 175 434	737 [1000] 69 849 62 927
[1000] 563 63 789 861 79 22082 286 490 633 58 814 95	182023 59 89 334 53 615 45 70 780 908 85 181012
918 22 [2000] 215 27 [5000] 35 93 897 984 994 24047	15 [1000] 143 [5000] 433 87 710 906 75 [5000] 182053
52 72 [3000] 151 74 [3000] 413 894 98 948 53 25078	315 85 400 697 85 808 66 965 183029 43 192 87
323 493 513 690 710 31 40 42 26041 95 237 38 89	201 10 27 767 68 806 184014 72 270 330 440 821
387 423 536 757 [5000] 83 807 32 [3000] 27479 587 607	15 [5000] 43 698 [5000] 814 [1000] 28 53 961 185107
787 530 910 60 22829 306 578 741 [5000] 83 88 838 939	251 55 374 80 947 186245 63 598 721 49 66 189166
29065 428 601 32 801 74	187223 77 80 399 415 47 [5000] 689 855 38 66
30032 149 [5000] 289 324 502 9 89 [5000] 633 718	75 188129 209 32 76 [1000] 97 688 795 913 189118
[1000] 59 31000 96 75 111 623 33 65 786 807 [1000]	207 68 89 91 787 828
48 32181 214 78 308 480 632 40 715 56 95 916 35	190000 193 296 91 322 30 518 [1000] 632 829 39
772 78 81 841 99 952 87 13153 97 231 74 317 76 95	931 191056 404 88 821 698 73 919 192352 170
477 619 709 31 834 905 [5000] 14206 25 662 824 15049	396 532 [5000] 63 680 771 841 [5000] 80 193141 91
[5000] 164 [3000] 73 417 95 883 768 843 93 10393 66	466 509 614 73 700 89 875 828 194089 183 201 85
25 401 55 [1000] 78 076 82 98 912 99 17014 110 371	448 508 602 884 99 921 195232 77 410 43 82 [1000]
73 84 419 524 75 89 896 88 78 790 838 [1000] 96 71	597 628 46 196029 321 430 576 908 79 197207 382
70 911 60 1814 2133 110 28 45 54 612 727 89 [3000]	441 [5000] 87 514 634 724 46 95 198162 329 457 584
814 78 [5000] 19068 490 23 45 551 606 73 761 936	754 300 6 42 907 199912 53
20049 262 [5000] 472 490 725 920 21099 175 434	201011 [3000] 333 632 [5000] 719 632 [5000] 38 905
[1000] 563 63 789 861 79 22082 286 490 633 58 814 95	15 48 390 [3000] 51 621 723 992 [5000] 202019 109
918 22 [2000] 215 27 [5000] 35 93 897 984 994 24047	189 576 600 25 703 5 37 978 204175 540 561 826
52 72 [3000] 151 74 [3000] 413 894 98 948 53 25078	205178 [3000] 338 597 601 856 64 90 962 206053 127
323 493 513 690 710 31 40 42 26041 95 237 38 89	27 28 289 [3000] 501 634 51 70 719 837 945 79 [5000]
387 423 536 757 [5000] 83 807 32 [3000] 27479 587 607	207156 [5000] 65 211 12 352 62 65 421 [5000] 67 [1000]
787 530 910 60 22829 306 578 741 [5000] 83 88 838 939	75 737 982 208079 [3000] 103 25 377 494 588 961
29065 428 601 32 801 74	209029 448 883 685 64 921
30032 149 [5000] 289 324 502 9 89 [5000] 633 718	210235 25 26 656 703 [5000] 882 68 69 74 211006
[1000] 59 31000 96 75 111 623 33 65 786 807 [1000]	43 292 326 494 646 99 729 812 76 212072 204 95 419
48 32181 214 78 308 480 632 40 715 56 95 916 35	58 707 35 98 813 938 94 213035 39 177 81 368 539
772 78 81 841 99 952 87 13153 97 231 74 317 76 95	696 63 90001 732 214223 471 539 [5000] 619 83 812
477 619 709 31 834 905 [5000] 14206 25 662 824 15049	25 911 89 90 215040 137 319 49 827 37 85 764 805
[5000] 164 [3000] 73 417 95 883 768 843 93 10393 66	73 210396 315 484 681 708 15 17 841 936 217032
25 401 55 [1000] 78 076 82 98 912 99 17014 110 371	316 428 91 771 824 93 218017 96 115 96 225 321 34
73 84 419 524 75 89 896 88 78 790 838 [1000] 96 71	475 881 99 603 88 [5000] 219197 300 10 401 46 91
70 911 60 1814 2133 110 28 45 54 612 727 89 [3000]	506 629 97 765 68 [1000] 907
814 78 [5000] 19068 490 23 45 551 606 73 761 936	220037 182 307 500 [3000] 716 802 221340 86
20049 262 [5000] 472 490 725 920 21099 175 434	410 35 515 [3000] 650 902 222027 321 403 89 634
[1000] 563 63 789 861 79 22082 286 490 633 58 814 95	581 [5000] 223360 512 659 914 52 224025 340 415
918 22 [2000] 215 27 [5000] 35 93 897 984 994 24047	38 59 66 622 32 76 707 860 95
52 72 [3000] 151 74 [3000] 413 894 98 948 53 25078	Am Gewinnverteilung:
323 493 513 690 710 31 40 42 26041 95 237 38 89	1 Gewinn zu 500 000 Mark
387 423 536 757 [5000] 83 807 32 [3000] 27479 587 607	2 zu 200 000 Mark, 2 zu 150 000 Mark, 2 zu 100 000 Mark, 2 zu 75 000 Mark, 1 zu 50 000 Mark, 1 zu 30 000 Mark, 1 zu 15 000 Mark, 1 zu 10 000 Mark, 1 zu 5 000 Mark, 99 zu 5000 Mark, 1393 zu 1000 Mark, 2421 zu 1000 Mark.

4. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 23. Oktober 1901 nachmittags.
Für die Gewinne über 232 Mk. sind den berechtigten
Gewinnern in Rechnung beizulegen.
(Daneben Gewinne.)

125 33 55 400 96 831 1070 257 429 548 2008 25	110069 171 257 365 429 57 647 785 111216 32
183 262 10 29 39 56 59 394 437 62 730 [1000] 64 68 [5000]	[3000] 427 39 522 75 96 [3000] 708 829 73 11232 65
645 936 3025 86 165 359 514 56 680 797 848 4029 69	79 592 113068 228 325 434 55 515 614 [5000] 38 948
277 90 91 398 703 88 824 28 5027 388 639 703 84 818 21	[5000] 11401 307 90 678 74 670 [5000] 723 73 804 77
52 69 6015 144 48 61 69 294 380 489 599 670 94 750	115032 116 17 357 71 470 815 99 994 116233 34
970 84 7097 98 123 43 587 69 [3000] 464 80 576 84 704	337 65 [3000] 83 469 503 79 642 95 812 87 916 39 64
898 [5000] 78 942 79 8131 524 607 63 94 771 816 39 936	117191 225 [1000] 431 38 808 814 724 71 118065
82 19728 696 719 89	352 550 [3000] 69 721 68 97 [1000] 940 87 119691 99
10445 213 94 350 [1000] 544 710 99 803 912 55	128 363 [5000] 451 564 620 706 926 39 67 [5000] 74 [5000]
11131 374 [5000] 517 735 811 12003 124 36 33 244 472	120024 66 117 42 06 90 833 905 121005 35 188
646 844 13009 135 71 242 338 475 97 583 895 53 912	659 720 846 90 913 34 87 89 122060 85 657 803
34014 87 139 557 687 768 75 828 15056 [5000] 264	123012 100 35 900 452 54 85 546 728 946 124031 42
[3000] 608 37 737 883 984 16039 413 70 569 [3000] 674	[5000] 429 42 521 998 701 853 912 125054 100 99 297
137228 498 818 18335 45 427 633 19031 323 30 86	455 623 [3000] 846 126322 500 814 127094 382 418
22025 203 89 520 697 [3000] 750 873 080 21030	697 897 129017 100 [5000] 93 409 59 580 [5000] 697
83 163 65 88 228 87 472 547 72 78 898 957 2215 451	

Aus der Frauenbewegung. Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gefahrt.

Das Gesetz bestimmt: Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einständiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14-16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einständiger Mittagspause sowie je 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden. Abkündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortige Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unzufriedenheit Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Tätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgedehnt werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Anstellung von Jugendlichen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesellig und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, muß ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Umkleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Hel. Baader, Großdresdenerstraße 88, zweiter Hof II. Frau Bauschle, Rosfelderstr. 47, Hof II. Frau Dr. Wehl, Lothringergasse 97, I. Frau Zug, Waterloo-Platz 9, im Laden. Frau Reich, Lohrenerstr. 3, links, Aufg. IV. Frau Fieg, Blumenstraße 63, I rechts. Frau Sprung, Markstraße 18, Aufgang 3, III. Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7-9 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Platz 15, II. Flureingang. Vormittags 9-1 und nachmittags 6 bis 8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fräulein Reichelt, Georgenkirchplatz 22, ist jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

Lokales.

Freiwillige Kandidaturen.

Der Streit um die Kandidatenfrage, der sich allemal vor den Stadtverordneten-Wahlen im freisinnigen Lager erhebt, kam auf den unbedingten Zuschauer auch diesmal wieder nur erheitend wirken. Er bietet im ganzen das alte Bild, das wir schon zu Genüge kennen.

Die Kandidaten der sogenannten „entschiedeneren“ Richtung des Freisinn, die in der Stadtverordneten-Verammlung in der „Neuen Fraktion der Linken“ ihre Vertretung hat, nehmen den Mund, wie immer, gewaltig voll. Sofern man ihrer Föhne folgen und den von ihnen vorgeschlagenen Männern den ersehnten Platz an der Sonne gönnen wolle, sei für den gealterten Liberalismus eine Verjüngung zu erwarten, die ihm noch einmal einen mächtigen Aufschwung bringen werde. Und wenn es diesen angeblichen „Mädikalen“ wirklich gelingt, in einer Versammlung liberaler Wähler für einen der Jüngsten die Mehrheit zu erhalten, dann wird das Ereignis mit kolossalem Trara in die Welt des Berliner Freisinn hinausposaunt, als stände die Reichshauptstadt vor dem Beginn einer neuen kommunalpolitischen Ära.

Amüsant ist, daß die gemäßigten Liberalen, aus deren Vertretern im Roten Hause die beiden anderen als freisinnig geltenden Fraktionen, namentlich die „Alte Fraktion der Linken“, zusammengesetzt sind, sich den Anschein geben, als nähmen sie den Phrasenschwall der „Mädikalen“ ernst. Sie warnen mit bedenkllicher Miene vor diesen Unbesonnenen, durch deren Liebäugeln mit der Arbeiterpartei nur der Sozialdemokratie die Wege geebnet würden. Selbstverständlich wissen sie aber ganz genau, daß durch das Freisinnprinzip hinreichend dafür gesorgt ist, daß auch der „Mädikalismus“ der „entschiedeneren“ Richtung des Freisinn immer noch zu rechter Zeit und an der rechten Stelle Halt macht.

Bei diesem ganzen Streit handelt es sich, bei Nähe besehen, gar nicht um tiefgehende Unterschiede von prinzipieller Bedeutung, sondern mehr nur um Personen. Die feindlichen Brüder gehören zusammen, trotz aller Kandidaturen! Das fühlen sie selber, und das lassen sie auch gelegentlich — der eine mit größerer, der andre mit geringerer Deutlichkeit — merken. Wie sagte doch kürzlich die den Standpunkt der „Mädikalen“ vertretende „Berliner Zeitung“, als sie die freisinnigen Wähler zur Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen anrief? Das Berliner Bürgerium „wolle von den Klotzpielen der Zukunftsaaterei nichts wissen und die städtische Verwaltung nicht zum Experimentierfeld für unreife, unnütze und schädliche Phantastereien hergeben“. Das ist dem Sinne nach dasselbe, was man sonst von den rücksichtslosigsten Vertretern des Kommunalfreisinn zu hören bekam, wenn die Sozialdemokraten im roten Hause auf die sozialen Aufgaben der Gemeindeverwaltung hinwiesen. So ungerade sagt das Jacobi auch — nur mit ein bißchen andern Worten! Wenn dieser Anglistemensch nicht den Fehler hätte, die intimsten Herzengedanknisse des Berliner Stadtfreisinn mit nicht-brutaler Offenheit auszulaudern und dadurch den Freisinn heillos zu kompromittieren, dann würde wahrscheinlich auch von den „entschiedenen“ freisinnigen Kandidaten, die heute auf ihn lospauken, mancher ihm viel weniger gram sein.

Die feindlichen Brüder werden ihre Kandidaturen sehr rasch wieder vergessen, wenn erst die leidige Kandidatenfrage

geregelt sein wird. Selbst da, wo der Streit nicht schon vor der Wahl beigelegt wird, wo es vielmehr zur Aufstellung liberaler Doppellandidaturen kommt, ist die Sache bei weitem nicht so ernst gemeint, wie es aussieht. Sogar ein Jacobi würde, wenn der bisher von ihm vertretene Bezirk durch Aufstellung eines liberalen Gegenkandidaten dem Liberalismus überhaupt verloren zu gehen drohte, die Stimmen der Freunde seines Gegners, des Rechtsanwalts Vieber (der dem alten Vangerhans und andern wunderlichen Leuten fast schon als Sozialdemokrat gilt, aber gegen diese Bezeichnung heftig protestiert hat) ziemlich vollständig erhalten.

Die weibliche Bevölkerung Berlins belief sich bei der Volkszählung von 1900 nach der jetzt als endgültig angesehenen Feststellung des Zählungsergebnisses auf 935 807 Personen, d. i. um 82 768 mehr als die auf 903 041 Personen ermittelte männliche Bevölkerung. Je 100 männlichen Personen ermittelte 109 weibliche gegenüber. In den einzelnen Stadtteilen und Stadtbezirken war aber das Verhältnis oft ein erheblich anderes. Daß in Bezirken mit Skanern die weibliche Bevölkerung nicht in der Weichheit, sondern sehr in der Minderheit sein wird, das versteht sich von selbst. Am stärksten tritt das hervor im Bezirk 105 (Köpenicker- und Zeughofstraße, Pioniere und 3. Garde-Regiment zu Fuß) und im Bezirk 308 (Invaliden-, Antkenow- und Kruppstraße, Wlannen, 4. Garde-Regiment zu Fuß und Artillerie). Dort wurden 2028 weibliche und 5571 männliche Personen gezählt, hier 5847 weibliche und 9218 männliche. Wehnliche Unterschiede finden sich in der Chausseestraße (Köllnerei), in der Wäckerstraße („Franzer“ und Dragoner) usw. Auch in solchen Stadtteilen, die reich an „Chambregarnisten“ bezw. an „Schlafburshen“ sind, namentlich in dem Studentenviertel der Friedrich-Wilhelmstadt und des südlichsten Teils der Oranienburger Vorstadt sowie in den Arbeitervierteln des Nordens und des Südostens von Berlin, begegnet man verschiedenen Bezirken mit einem allerdings nicht bedeutenden Ueberschuß an männlicher Bevölkerung. Ein weit über den allgemeinen Durchschnitt Berlins hinausgehendes Ueberwiegen der weiblichen Bevölkerung befindet sich besonders in der Schöneberger Vorstadt, auch in manchen Bezirken der Friedrichstadt, des Hantviertels und des westlichen Teiles der Tempelhofer Vorstadt. Am auffälligsten zeigt sich das in den Bezirken 31 bis 34 (Südrand des Tiergartens von der Königgräzerstraße bis zum Zoologischen Garten) und 35-39 (vom Kurfürstendam bis zur Goldammerstraße). In diesen Bezirken wurden zusammen 12 474 männliche, aber 23 900 weibliche Personen gezählt, so daß hier 100 männlichen Personen 192 weibliche gegenüberstanden. In einigen dieser Bezirke, z. B. in 33 und 34 (von der Wendlerstraße bis zum Zoologischen Garten) standen 100 männlichen Personen sogar mehr als 200 weibliche gegenüber. Das erklärt sich daraus, daß in dem wohlhabenden Westen Berlins die Diensthoten sehr zahlreich sind.

Ein leumundsbedürftiger Stadtverordneter. In der letzten Kommunalwähler-Versammlung, in welcher, wie gemeldet, als Gegenkandidat Jacobus der Rechtsanwalt Dr. Vieber aufgestellt worden ist, wurde von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, daß für ein Leumundzeugnis für den Stadtverordneten Leopold Jacobi Unterschriften gesammelt würden und die Verbreitung eines Flugblattes zu Gunsten des in seiner Ehre getränkten Stadtvertreters bevorstehe. Die Unterschriftensammler, darunter berufene Vertreter unserer Gabelwelt, stehen aber selbst bei Freunden Jacobis auf Widerstand, da diese ein Leumundzeugnis für vollständig überflüssig hielten. Für eine so bekannte Persönlichkeit ist ein Leumundzeugnis auch ziemlich gewöhnlich.

Der hundertste Geburtstag Albert Lorchings wurde gestern vormittags 10 Uhr mit der Enthüllung einer Gedenktafel an der Geburtsstätte des populären Liedichters in der Dreitestr. 12 eingeleitet.

Die neu eröffnete städtische Volks-Badeanstalt in der Dennewitzstr. 24a enthält ein Schwimmbad nebst Douchen- und Kabinenräumen, die mit Kopf-, Strahl-, Hydromassagen und Fußbädern ausgestattet sind, sowie eine größere Zahl Wannen- und Brausebäder. Die Wannen- und Brausebäder stehen während des ganzen Tages für männliche und weibliche Personen zur Benutzung. Die Badezeit im Schwimmbad ist wie folgt festgesetzt: a) für weibliche Personen: Donnerstag, vormittags von 9 1/2 bis 12 Uhr und Donnerstag, abends von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr; an den übrigen Werktagen vormittags von 9 1/2 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr; b) für männliche Personen: vormittags von 7 bis abends 8 Uhr, Freitag bis 8 1/2 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr; an Sonntagen vormittags von 7 bis 12 1/2 Uhr mit Ausnahme der vorstehend unter a) aufgeführten Beststunden für weibliche Personen. Ein Wannenbad kostet 30, ein Brausebad 10 Pf. Für die Benutzung des Schwimmbades haben Personen über 14 Jahre 25 Pf., Kinder 15 Pf. zu zahlen.

Die Einwohnerzahl Berlins nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 ist jetzt definitiv festgestellt. Sie betrug 1 888 848 (903 041 männliche, 985 807 weibliche Personen). Die Zahl der weiblichen Personen übersteigt mithin die der männlichen um 82 768. Seit der letzten vorhergegangenen Volkszählung vom 2. Dezember 1895 hat sich die Einwohnerzahl Berlins um 211 544 Personen = 12,01 Proz. vermehrt. Neben der Volkszählung wurde bekanntlich am 1. Dezember 1900 auch eine Vieh- und Obstbaumzählung vorgenommen. Danach waren in Berlin vorhanden: 51 204 Pferde, 5 Maultiere und Maultesel, 95 Ferkel, 14 292 Stück Rindvieh, 7035 Schafe, 10 987 Schweine, 1003 Ziegen und 69 203 Stück Federwieh; davon befanden sich auf dem Central-Viehhof 7 Pferde, 6772 Stück Rindvieh, 7847 Schafe, 9098 Schweine und 28 Stück Federwieh. Die Zahl der in Berlin befindlichen Bienenstöcke betrug am Zählungstage 104, darunter 93 mit beweglichen Bienen. Die Zählung der Obstbäume ergab folgendes Resultat. Es waren am 1. Dezember 1900 in Berlin vorhanden: 4216 Apfelbäume, 5715 Birnbäume, 4199 Pfämbäume- und Zwischensbäume und 2263 Kirschbäume. Das ergibt zusammen einen Bestand von 16 853 Obstbäumen.

Das Deutsche Central-Komitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenerkrankte hat für die Tage vom 24. bis 26. d. Mts. einen Informationskursus für die Chirurgen aus dem Gebiete der Tuberkulosebehandlung und der Heilstätten-Praxis abgehalten. Insbesondere um die Gewinnung von Grundlagern für die einheitliche Bestattung der Heilstätten-Statistik. Die Sitzungen werden teilweise im kaiserlichen Gesundheitsamt, teilweise im Reichs-Verwaltungsamte stattgefunden. Außerdem werden die Herren Professoren Frankel, Gerhardt, Koch über verschiedene Fragen aus der Diagnostik und Therapie der Tuberkulose Vorträge halten.

Aus dem Fonds der aufgelösten Weisgerber-Jungung, welche von der städtischen Stiftungsdeputation verwaltet wird, sollen die Jinsen statutengemäß als Unterstützung an bedürftige Meister des Weisgerber-Gewerbes in Berlin verteilt werden. Unterstützungsgeldscheine sind bis spätestens zum 28. Oktober ex. an das Stiftungsbureau, Poststraße 16 II, Zimmer 48, einzureichen.

Werkstatt für Unfallverletzte. Wir werden ersucht, folgendes bekannt zu geben: Der unter der Leitung des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz stehende Verein für Unfallverletzte hat in mehrerlei in der Koppenhagenstr. 78 eine Werkstatt eröffnet, in der Unfallverletzte mit dem Auftragen von Gipsverbänden angeleitet und beschäftigt werden. Es wird nach den von den Auftraggebern überlassenen Mustern gearbeitet und zwar zu den Preisen, die dieselben bisher anderweit bezahlt haben. Nachdem sich eine Anzahl von Abnehmern bereit erklärt hat, ihren Bedarf dort zu decken, er-

scheint der Bestand der Werkstatt gesichert. Das Bureau des Vereins befindet sich nach wie vor in den Räumen der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, Köhlerstr. 23, und ist am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche nachmittags von 6-8 Uhr für Unfall-Verletzte offen. Es werden hier unentgeltlich Ratsschläge wie Auskünfte jeder Art erteilt und die nötigen Schriftstücke angefertigt.

Das moderne Lieb vom braven Manne. Wenn im Staate der Sozialreform bei jemand schlimmer Gefahr sein Leben opfert und so das Gemeinwesen oder seine Mitmenschen vor schwerem Schaden bewahrt, dann hat die Gemeinschaft für die hungernden Hinterbliebenen des braven Mannes keine andre Hilfe, als das Almosen der Armenkasse. Das zeigt sich von neuem in dem Falle des Arbeiters He y d e r t, der in Steglitz, Schildhornstr. 3, wohnte. Der 38 Jahre alte Mann passierte am 25. Januar d. J. den Augustplatz in Groß-Bichterfelde, als ein Berliner Brauer erwidern in Carriere heranzog. Die Pferde waren schon geworden und der Kutsher schwebte in Lebensgefahr. Ebenso bedrohlich war die Situation für die Passanten, namentlich für die dort spielenden Kinder. Da warf sich der Arbeiter den rosenden Tieren beherzt in den Weg. Mit starkem Griff erfaßte er die Flügel und es gelang ihm, obwohl er eine Strecke mitgeschleift wurde, die Pferde zum Stehen zu bringen, ehe Menschenleben gefährdet worden. Leider wurde dem mutigen Manne durch einen Schlag mit der Peitsche ein Auge schwer verletzt. Im Kreis-Krankenhaus Gr. Bichterfelde, wohin man den Verwundeten brachte, wurde ihm die sorgsamste Pflege zu teil und am 9. März konnte er, anscheinend geheilt, daselbst verlassen. Vor 14 Tagen brach die Wunde plötzlich wieder auf, so daß er erneut im Kreis-Krankenhaus behandelt werden mußte. Dort ist er nun gestern an Bandschmerz, der unmittelbaren Folge seiner Verletzung, die er bei Ausübung einer braven That davongetragen, verstorben. Trosslos ist die Lage seiner Hinterbliebenen, der Frau mit fünf Kindern im Alter von 3-12 Jahren. Die Vermögen sind gänzlich mittellos.

Jemand ein Anrecht auf Unfallrente steht den Angehörigen nicht zu. Am Ende wird ihnen noch die Krankenhaus-Rechnung ins Haus geschickt. Hätte der Arbeiter nicht den Gedanken gehabt, seine Mitmenschen vor schlimmer Gefahr zu bewahren, so bräuhete die Armenkasse nicht für die hungernden Hinterbliebenen einzutreten. Das ist die Moral, die heutigen Tages aus heroischen und opfermütigen Handlungen gezogen werden muß.

In der Köllerschen Wandsache wird der Agent L o m a s c h e immer mehr belästigt. Gestern fand man in seiner Wohnung einen Posteinlieferungsschein, nach dem Köllner ihm 600 M. geschickt hat. Für den Betrag dieses Scheines hatte er nur die merkwürdige Erklärung, Köllner habe ihm diesen gegeben, damit er den Leuten zeigen könne, daß er, Köllner, ihm Geld geschickt habe. Ein Taschentuch mit dem Zeichen A. R., das in der Wohnung des Ermordeten gefunden wurde, erkannte die Frau des Verhafteten als ihr Eigentum. Sie behauptet, daß Lomasche oft von ihr Taschentücher genommen habe, weil er selbst nicht viel Wäsche besaß.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Wie in den Kreisen der Arbeitnehmer zu ihrem eignen Nachteil noch immer nicht hinreichend beachtet wird, verlieren die Dultungsarten ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte bezeichneten Ausstellungstage zum Umtausch eingereicht sind. Wenn auch die Landesversicherungs-Anstalten befragt sind, Karten, seit deren Ausstellung mehr als zwei, aber weniger als vier Jahre verlossen sind, unter Umständen noch als gültig anzuerkennen, so erfordert diese nachträgliche Anerkennung ein umständliches Verfahren, das für die Versicherten wiederholten Zeitverlust im Gefolge hat.

In ihrem eignen Interesse werden daher die Versicherten darauf hingewiesen, die vor dem 15. November 1899 ausgestellten Dultungskarten, auch wenn noch nicht alle Felder mit Marken besetzt sind, unverzüglich dem Polizeirevier, in dessen Bezirk sie in Arbeit stehen, zum Umtausch vorzulegen.

Der blinde Passagier. Der russische Handelsmann Patrawasch, welcher gestern nachmittags um 2 1/2 Uhr vom Alexanderplatz nach Charlottenburg fahren wollte, hatte sich eine Bahnticket gekauft, fand so Zutritt zu dem Perron und bestieg unauffällig einen Wagen vierter Klasse des nach Charlottenburg fahrenden Zuges. Es gelang ihm zunächst, sich zu verbergen, jedoch schon hinter Strauß-Nummelsburg wurde der blinde Passagier bei der durch einen Schaffner ausgeführten Wägel-Kontrolle abgefaßt und in Häftlingswache der Polizei übergeben. Der Verletzte, der nicht unbedeutende Geldmittel bei sich führte, gab zu, daß er das Fahrgeid bis zur russischen Grenze haben sparen wollte.

Verminnt werden wieder mehrere Personen. In Ober-Schöneweide fehlt seit dem 18. d. M. der 9 Jahre alte Sohn des Arbeiters Busche. Der Knabe ist aus der Schule nicht zurückgekehrt. Seit Dienstag vor acht Tagen sind die Schneider Moriz Greiff aus der Reinickendorferstr. 43a und Wilhelm Schilling aus der Solnowstraße 34 verschunden. Greiff, der 38 Jahre alt ist, ließ sich von seiner Flurmadbarin 4 M., im Einlaufe zu machen, und kam nicht wieder. Schilling, ein Mann von 37 Jahren, wollte auf seine Arbeitsstelle in der Kranitzstraße gehen, kam aber weder dort an, noch nach Hause zurück.

Freie Volkshöhne. Die Generalversammlung dieses Quartals findet heute abend 8 Uhr in der Ressource, Kommandantenstr. 57 statt. Der Eintritt ist nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte gestattet. Die Tagesordnung bildet ein Vortrag des Herrn Dr. Martin Jickel über: Regie und Kunst. Daran schließt sich der Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht, Diskussion und Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Die höchste Luftfahrt. Die beiden kühnen Luftschiffer Verdon und Dr. Siring, welche bekanntlich am 31. Juli d. J. einen Ballonaufstieg bis 10 500 Meter gemacht und unstreitig die Maximalhöhe erreicht haben, bis zu welcher Menschen bisher vorgezogen sind, waren in der vorgelagerten stattgehabten Sitzung des Deutschen Vereins für Luftschiffahrt Gegenstand besonderer Ehrung. Der Vorsitzende, Oberstleutnant v. Baumhoff, verkündete den einstimmigen Beschluß des Vorstandes, wonach die zwei neu angekauften Ballons des Vereins die Namen „Verdon“ und „Dr. Siring“ tragen werden. Aus den Berichten des Herrn Verdon war zu entnehmen, daß die vorherige Fahrt (am 11. Juli), die 7500 Meter hoch ging, nur eine Orientierungsfahrt gewesen sei und eine Reihe von Mißverständnissen schuld daran sei, daß höhere Höhen erwartet wurden. Von der Fahrt vom 31. Juli erzählt Dr. Verdon, daß bei 9000 Meter sich eine gewisse Müdigkeit einstellte, die in Apathie überging, in ein unbedachtigtes Schlafen, aus dem sich die beiden Luftschiffer gegenseitig aufweckeln mußten. Bei 10 250 Meter Höhe waren den Teilnehmern die Vorgänge nicht mehr klar. Jedenfalls zog Verdon, als ihm der Schlafzustand bei Siring ebenfalls eintrat, zweimal das Ventil, um den Ballon zum Abstieg zu zwingen, brach jedoch dann ohnmächtig zusammen. Auch Siring verlor in letzter Augenblicke seinem schlafenden Kollegen durch Sauerstoffabnahme aufzuhelfen, aber vergebens. Beide waren in eine Ohnmacht verfallen, aus der sie ziemlich gleichzeitig bei etwa 6000 Meter wieder erwachten. Herr Verdon glaubt, daß trotz der Reimitierpele doch nur die Thermophor-Einlagen in Taschen und Filzschuhen den Teilnehmern das Leben erhalten haben. Herr Dr. Siring erörterte die allgemeine Frage, ob eine noch größere Höhe zu erreichen sei, doch, daß dies wohl möglich sei, aber ohne wissenschaftlichen Wert sein würde, da die körperliche Fähigkeit aufhöre, Sauerstoff zu atmen, verursacht durch eintretenden Sauerstoffmangel, der sich allerdings bei verschiedenen Personen in verschiedenem Grade gelte.

Theater und Vergnügungen. Emile Dolore, der Besitzer des Prix de Conservatoire de Paris, wird heute, Donnerstag, im Circus S. Schumann das Orchester dirigieren. ...

Aus den Nachbarorten.

Die Korruptionsaffäre in Lichtenberg. Es ist bekanntlich von autorisierter Seite die Mitteilung in die Welt gesetzt worden, daß in der Verkaufangelegenheit des dem Fürsten Hendl von Donnermarkt zugehörigen Terrains nur zwei Personen gegen Provision als Agenten tätig gewesen sind, nämlich der Bankier Emanuel Franke in Berlin und der Hoteldirektor Bernid in Kattowik.

Nun machte unser Parteigenosse Grauer vorgelesen in der zu Lichtenberg abgehaltenen Gemeindevähler-Versammlung die Mitteilung, daß drei Herren, nicht, wie geflüsterlich berichtet wird, nur ein Herr Schmidt ihn in dieser Sache besucht haben. ...

An diesen Enthüllungen ermittle man die Verdienste der „Staatsbürgerzeitung“, die sonst besammlisch, wenn es sich um „fälschliche“ Korruption handelt, den Mund nicht voll genug nehmen kann. ...

Es fragt sich nun, in wessen Auftrage wohl Herr Berger gewirkt haben mag? Bekanntlich ist gegen ihn zunächst das Strafverfahren wegen Verleumdung eingeleitet worden.

Aus Wilmerdors wird uns berichtet: Die Erstausswahl für die abgelaufenen Gemeindevorsteher sind nunmehr angelegt. Sie finden für die dritte Abteilung statt am 27. November, vormittags von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 4 bis 8 Uhr; ...

Die Verkehrsverbinding zwischen Wilmerdors und Berlin ist von neuem gefördert worden. Die Anlagen des Prager Platzes sind jetzt zu Gunsten der Straßenbahn zum Teil entfernt, ...

Ueber schwere Ausschreitungen eines Garde-Unteroffiziers wird aus Spandau folgendes berichtet: Sonntagabend zwischen 6 und 7 Uhr wurde auf der Chaussee bei Ruhleben die Frau des Fabrikflößers Wagner aus Spandau, die in Begleitung ihrer zwei kleinen Kinder spazieren ging, von einem Unteroffizier angehalten, ...

Ande Reklorder schreibt man uns: Die hiesige Krankenkasse (C. D.) hat auch in diesem Jahre mit einem Defizit abgeschlossen, ...

Auf der Wannseebahn wird eine merkwürdige Sparsamkeit geübt. Sonntagmittag war nur ein Bahnschaffner auf dem Bahnhof Schlichtensee vorhanden; ...

Die Frage der Entfestigung Spandaus rückt, wie uns von dort geschrieben wird, nicht mit der wünschenswerten Beschleunigung vom Fleck. Zwar werden zwischen der Stadt Spandau und dem Kriegsministerium ziemlich lebhaft Unterhandlungen gepflogen, ...

Behinderung des freien Ausblicks. Die Potsdamer Straßenbahn wird ihren Betrieb mit der Vollendung des im Bau bereits weit vorgeschrittenen städtischen Elektrizitätswerkes in einem elektrischen umwandeln und ihn, nachdem die Einsprüche des auf dem Braunsberg belegenen Observatoriums als nicht begründet abgewiesen wurden, ...

Gerichts-Beitrag.

Drei Meineidfälle

beständigsten gestern die Strafkammer am Landgericht I. Eine Skandalgeschichte aus bürgerlichem Kreise hatte gestern zahlreiche Bewohner des Hauses Landwehrstr. 5/6 in den Saal der 8. Strafkammer des Landgerichts I. gelockt. ...

gestorbene Frau Burche geb. Schügner unter der Anklage, es unternommen zu haben, andere zum Meineid zu verleiten. Frau Burche ist die Tochter des Besitzers des Hauses Landwehrstr. 5/6. Sie heiratete den schon älteren, aber sehr wohlhabenden Seifenfabrikanten W., der gleichfalls Hausbesitzer in der Frankfurter Allee ist. Die Ehe war nicht sehr glücklich, denn schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit hatte die Angeklagte die häusliche Gemeinschaft mit dem Ehegatten aufgegeben und befand sich wieder bei den Eltern. ...

In dem Bestreben, einen Kollegen vor Strafe zu bewahren, sollte der Droschkentischer August Wehner sich eines gewissen Meineides schuldig gemacht haben. Er stand deshalb gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Am 13. September v. J. hatte der Droschkentischer Gengze zwei Fahrgäste nach dem Lokale der Witwe Dräger am Kottbuser Damm gefahren. ...

Ein krasser Fall von Eidesverletzung ereignete sich gestern vor der fünften Verurteilungskammer des Landgerichts I. Der Arbeiter Krüger war vom Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs verurteilt worden und hatte die Berufungsinstanz in Anspruch genommen. ...

Zu vier Monaten Gefängnis ist gestern der Schlächtermeister Fritz Heinrich aus Lichtenberg verurteilt worden, weil er Fleisch von einem tuberkulösen Rinde, das im Schlachthofe beschlagnahmt, dann aber gestohlen worden war, in seinem Geschäft verkauft hat. ...

Fünf Monat Gefängnis für Vernichtung von zwölf Arbeiterleben. Ein Hauseinsturz, bei dem zwölf Menschenleben vernichtet wurden, beschäftigte gestern das Reichsgericht. Das Landgericht Köln hat am 4. Mai wegen fahrlässiger Tötung und Injuriedelation gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verurteilt den Architekten und Bauunternehmer Josef Janzen zu drei Monaten und den Maurermeister Buß zu zwei Monaten Gefängnis. ...

verwendlicher Leichtigkeits die Vernichtung von zwölf Menschenleben zu schreiben ist. Strafen von zwei oder drei Monaten Gefängnis sind besonders auch nicht seltenes, wenn Arbeiter unter der Anklage stehen, einem Streikbrecher ein paar Worte ehrlicher Entrüstung zugerufen zu haben.

Marktpreise von Berlin am 22. Oktober 1901

Table with 5 columns: Warenname, Einheit, Preis, etc. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch, Butter, Eier, Käse, etc.

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 23. Oktober. Getreide. Die geringen Erhebungen der Getreidepreise, welche von einem Teile der leitenden Handelsbörsen gemeldet wurden, vermochten dem hiesigen Markte keine Anregung zu geben. ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. W. S. In der hiesigen Bürgerstunde (Oberrennkasse) zu Charlottenburg beträgt das Schulgeld 20 M. vierteljährlich, für die Vorkurskassen und die drei oberen Klassen jedoch 25 M. Chicago. ...

Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Windrichtung, Wetter, Temp. u. G. Includes stations like Danzberg, Berlin, Frankfurt, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. Oktober 1901. Ein wenig kühler, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.